

Ländlichen Kultur den Sieg zu erzwingen. Als ob China nicht gerade darüber belehrt worden wäre, daß es gerade die Uneinigkeit der „verblüdeten“ Mächte vor noch schlimmerer Vergewaltigung geschützt hat! Vor dem Ausland aber hat sich Deutschland nach dem Urteil der „Hamburger Nachrichten“ dadurch blamiert, daß es seinen „großen Ankündigungen und heroischen Worten“ die Chamaaden auf dem Fuße folgen lassen mußte.

Die „Kreuz-Zeitung“ meint: „Nächst dem Herrn der Herren dankt das Reich dem weisen, hochbegabten Führer für die so glückliche Durchführung des Zieles der Unternehmung. Wenn auch keine großen Vorbeeren gegen ebenbürtige Feinde zu holen und dem Feldmarschall wie seinen Truppen drüber keine Gelegenheit geboten war, ihr Können an gleichwertigen Gegnern zu zeigen, so hat, wie wir dies schon wiederholt angeführt haben, Graf Waldersee durch die rationelle Begrenzung seiner militärischen Aufgabe und durch die Vermeidung aller vergeblichen Unternehmungen eine so völli ge Sicherung der Lage geschaffen, daß die politischen Verhandlungen ohne Störungen zum glücklichen Ende gebracht werden können.“

Und unsern Freunden aber steht besonders das Verdienst des Feldmarschalls hoch, daß er es verstanden hat, die Expedition rechtzeitig und energisch zu einem scharfen Abbruch zu bringen, ehe Verwicklungen möglich wurden, die dem Reiche bei der weiten Entfernung der Truppen mindestens un bequem werden konnten.“

Die rationelle Begrenzung der militärischen Unternehmungen besteht wahrscheinlich in dem projektirten Zug nach Tientsin, der nur durch den geharnischten Protest der Mächte verhindert worden ist!

Ebenso verblüffend ist die Behauptung, daß die Expedition rechtzeitig zum Abschluß gebracht worden sei, während doch die Lage der Dinge in China im Mai 1901 genau dieselbe war, wie etwa im Oktober 1900. Die Schanji-Expedition aber verdient eher die Bezeichnung eines Theatereffekts als eines „scharfen Abchlusses“, da Liu vom Boyer sofort zum Verbündeten avancierte.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ entdecken, daß der Erfolg des diplomatischen China-Gastspiels Waldersees seinen früher erworbenen Feldherrnrühm eigentlich in den Schatten stelle:

„Die Zeitung einer Schlacht dürfte oft ein Kinder spiel gewesen sein gegen diese Beherrschung und Wändigung der Interessengegenstände, ihre Unterordnung unter den einen gemeinsamen Zweck, und das alles gegenüber den Einwirkungen der fremden Diplomatie und der auf ihre Selbstständigkeit eifersüchtigen Generale und Admirale.“

Nebenbei begehrt das Krupporgan auch noch eine kleine Geschichtsfälschung:

„Graf Waldersee kehrt genau am dem Tage zurück, an welchem ihm vor Jahresfrist das Oberkommando übertragen worden war. Nicht Tage nach seiner Ernennung war Peking bereits gefallen. Die Kunde davon ging in Europa ein, während er sich auf der See befand, und es entstand hier und da die Frage, ob unter diesen Umständen die Fortsetzung seiner Reise noch räthlich und zweckmäßig sei.“

Peking war am 14. August gefallen und die Kunde davon war bereits am 17. August eingegangen. Am Tage darauf hielt Waldersee in Kassel gleichwohl noch seine bekannte Rede, in der er erklärte, daß niemals der Befehl zum Rückzug über seine Lippen kommen werde!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ endlich giebt der allgemeinen Stimmung ungeschminkten Ausdruck:

„Es ist besser, daß in letzter Stunde verhütet worden ist, den Marschall zu feiern, wie einen Feldherrn, der heimkehrt, nachdem er siegreich für den Ruhm der Nation im Auslande gestritten. Davon ist keine Rede. . . . Feste bei seinem Empfange zu feiern, Paraden und Reden zu halten und dergleichen mehr, dafür wollen wir Gelegenheiten abwarten, die es wirklich wert sind. Zudem ist das letzte Wort in der chinesischen Angelegenheit leider noch längst nicht gesprochen. Die Expedition ist vorüber, die Kommandos der Mächte aufgelöst, das Oberkommando überflüssig geworden — aber ob der somit neu gestiftete Kaiserthron sich weiter all des bösen Ungeheuers erwehren kann, das an seinen Grundsäulen nagt, diese Frage ist heute noch gar nicht zu beantworten. Waldersee konnte wenig thun und das Wenige hat keine Gewähr der Dauer in sich.“

Der Zollwucher.

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau wird von der schützöllnerischen Presse andauernd heftig umlärmt, weil es sich erläutert, die russischen Drohungen, von denen wir berichteten, der deutschen Öffentlichkeit zu übermitteln. Die Angelegenheit entwickelt sich nicht ohne Interesse. Zunächst forderten einige agrarische und hochschulpolitische Blätter die Regierung auf, die Durchkreuzung ihrer Zollpolitik durch das hochfinanziell beeinflusste Telegraphen-Bureau nicht zu dulden. Die „Kreuz-Zeitung“ verteidigte das offizielle Bureau, das auf diejenigen Nachrichten angewiesen sei, die ihm zugestellt die Offizialen der andern Staaten für gut befänden. Die „Berl. Neuesten Nachr.“ wiederum verspotteten diese harmlose Auffassung der „Kreuz-Zeitung“; es werde täglich von dem aus dem Auslande eintreffenden Material ziemlich viel zurückgestellt, „das meiste — nachdem es die Censur des auswärtigen Amts passiert hat.“ Wenn, so erklärten die „N. N. A.“, das „Wolffsche Bureau“ die angeblichen Drohungen des Herrn Witte usw. nicht verbreiten sollte, so läme kein Sterbendwischen davon in die deutschen Zeitungen.“ Die „N. N. A.“ sagten damit, das Auswärtige Amt selbst habe die Verbreitung jener unangenehmen Drohmeldungen gewünscht.

Sodann wurde durch ein Berliner Nachrichtenblatt behauptet, die Meldungen von der beabsichtigten Grenzsperr für Preussengänger und von dem Abbruch der Vorbereitungen für den Handelsvertrag seitens der russischen Regierung seien überhaupt unrichtig. Aber die „Königsberger Hartungische Zeitung“, auf Grund deren Mitteilung das Wolffsche Bureau die erste jener beiden Meldungen verbreitet hatte, besteht auf der Wichtigkeit ihrer Mitteilung und weber die Regierung noch das Wolffsche Bureau haben bis jetzt einen Irrtum zugestanden. Die russischen Warnungen und Drohungen gegen die in Deutschland geplante Sperrpolitik bleiben also durchaus glaubhaft — ganz abgesehen davon, daß auch ohne besondere Drohungen kein Zweifel walten kann, daß Rußland sich mit allen Mitteln gegen die Ausbreitung seines Proletariats aus den deutschen Grenzen zur Wehre setzen wird.

Die Zollwucherpresse setzt daher ihren Feldzug fort und versucht die Regierung zu drängen, daß sie das offizielle Bureau zur Unterschlagung derartiger, ihre Pläne beeinträchtigende Meldungen anhalte. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Wir haben also die peinliche Thatsache zu verzeichnen, daß das anerkannt offizielle Telegraphenbureau einen Entwurf der Regierung in ausgedehnter tendenziöser Weise bekämpft. Man wird sich über diese im hohen Maße bedenkliche Angelegenheit noch sehr ernst und eingehend unterhalten müssen. Wenn ein Blatt andeutet, daß die Regierung diese tendenziöse Behandlung geduldet habe, was den ungeheuren Schutzollnern zu zeigen, wieviel Schwierigkeiten sie zu überwinden habe, so vermögen wir davon nicht zu glauben: denn die Wahl eines solchen Mittels würde

eine fast jämmerliche Schwäche der Regierung bekunden, die wir ihr ohne zwingenden Beweis zunächst nicht zutrauen möchten.“

Nicht Schwäche, sondern ein überaus hinterlistiges Spiel der Regierung wittern die Herbert Bismarckschen „Hamburger Nachrichten“ in der Angelegenheit:

„Das Wolffsche Bureau steht ad natum (auf den Wink der Regierung, der Zolltarif ist ebenfalls Regierungsarbeit, deshalb muß es Bekreunden erregen, daß ersteres demonstrativ gegen letzteres arbeitet. Das kommt sonst nicht vor und verstärkt die Vermutung, daß die angeblich durch Indiskretion erzwingende Veröffentlichung des Zolltarifs thatsächlich bestellte Arbeit der Regierung gewesen ist, welche mit der Veröffentlichung den Zweck verfolgt hat, zu zeigen, was sie bereit sei, zu thun, aber dabei gehofft hat, daß der Entwurf durch die öffentliche Meinung zu Fall gebracht werde, bevor er zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung der gesetzgebenden Instanz gelangte.“

Es ist reizvoll zu sehen, wie die treuesten Stützen der Monarchie und des Staats die Regierung ihres Monarchen mit vergifteten Pfeilen bewerfen. Jämmerliche Schwäche oder perfides Künstelspiel muten sie der Regierung zu, die soeben bereit ist, ihre äußersten Wünsche zu erfüllen. Die Angst, daß der frevelhafte Zollwucher doch noch auf irgendwelche Schwierigkeiten stoßen könnte, treibt sie zu den selbstsamsten Pressionsmitteln gegen die Regierung, damit diese das Verbrechen einer einigermassen objektiven Berichterstattung über die Stellungnahme des Auslands zum Zolltarif verhindere.

Die nationalliberale Partei ist in der wichtigsten Frage, die für die Geschichte Deutschlands auf lange Jahre hinaus entscheidend ist, wiederum völlig gespalten. Ueberaus tragikomisch wirkt der Bericht von der letzten Sitzung des Landesausschusses der nationalliberalen Partei Bayerns; darin heißt es:

Abg. Münch.-Gerber kam in seinem Referat über die Stellung der Partei zu den Tagesfragen auch auf die Erneuerung der Handelsverträge als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit zu sprechen. Die nationalliberalen Abgeordneten hätten ihren Wählern versprochen, der Landwirtschaft zu helfen, sie seien daraufhin gewählt und es sei ihre Ehrenpflicht, Wort zu halten. Sie müßten unentwegt auf dieses Ziel losstreuen, dürften nicht abschwenken und sich nicht irremachen lassen. Die Vorschläge der parlamentarischen Fraktionen seien dem entsprechend die Sozialenrecht sei unberührt. Das Geschäft vom Brotwucher werde die nationalliberale Partei nicht irren machen, die nationalliberale Fraktion treibe keine Interessenpolitik im Reichstage, sie greife ein, weil und wo es das Gemeinwohl erfordere. Des Referenten Ausführungen, namentlich auch über die Stellung der Partei zur Landwirtschaft, wurden mit lebhaftem Beifall von der Versammlung aufgenommen. — Universitätsprofessor v. Log (München) wahrte den in der Agrarfrage abweichenden Standpunkt der Minorität unter lebhaftem Widerspruch der Majorität. Namens seiner Freunde und Gesinnungsgenossen gab Redner folgende Erklärung ab: Entsprechend dem Grundsatz, daß innerhalb der nationalliberalen Partei Freiheit in wirtschaftlichen Fragen gewahrt bleibt, behält sich die Minorität, die eine Erhöhung der Getreidezölle unterstützen will, vor, diesen ihren Standpunkt nach wie vor öffentlich zu vertreten.“ Daß dies mit Takt gefaßt werde, versicherte er selbst. Der Vorsitzende konstatierte hierauf, daß die Versammlung hiergegen nichts einzuwenden habe, daß aber vorausgesetzt werden müsse, daß die öffentliche Vertretung der abweichenden Meinung nicht zur direkten Opposition gegen die Partei führe.“

Neben die zu erwartenden politischen Wirkungen der deutschen Hochschulzollpolitik wird der „National-Zeitung“ aus Paris geschrieben:

Die französische Presse beschäftigt sich noch immer eifrig mit dem Entwurf des neuen deutschen Zolltarifs. Aus eignen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs ist dies nicht ohne weiteres zu erklären; denn man giebt zu, daß der Entwurf die Ein- und Ausfuhrverhältnisse zwischen dem Deutschen Reich und der Republik im wesentlichen unverändert lassen würde. Die Hoffnungen, welche die öffentliche Meinung hier je länger je mehr an den Sieg der agrarischen Hochschulzoll-Vorstrebungen in Deutschland knüpft, liegen vielmehr auf politischem Gebiet. Man rechnet damit, daß die kommenden, durch den deutschen Tarif verstärkten wirtschaftlichen Kämpfe in die bisherige Gruppierung der Festlandsmächte, die für französische Revanchegedankte so ungünstig war, endlich Dreifache legen werden. In erster Linie wird eine wachsende Entfremdung zwischen Deutschland und seinen Dreibundgenossen als sicher vorausgesetzt. Die Verbindungen zwischen den hiesigen Chauvinisten und den frankophilen Streifen Nord-Italiens, wie auch den tschechischen Politikern in Oesterreich sind eng genug, um es zu erklären, daß die bündigsten Versicherungen über den von Italien wie von Oesterreich-Ungarn zu erwartenden Widerstand gegen die vertragsmäßige Anerkennung der deutschen Agrarzölle hierher gelangt sind. Nicht minder fest ist schon jetzt die Ueberzeugung, daß die neuerdings in einer der französischen Empfindlichkeit fast unüberwindlichen Stärke für Ostasien wie für den näheren Orient wieder hergestellte politische Intimität zwischen Deutschland und Rußland die Belastungsprobe eines zollpolitischen Konflikts nicht werde ertragen können. In der Presse wird offen ausgesprochen, dahingehende provokierende Sätze des neuen Tarifs der Ausbruch eines Zollkriegs, und zwar eines von russischer Seite begonnenen, durch das beispiellose Temperament, die Energie und die Rücksichtslosigkeit des Ministers Witte unvermeidlich werden müsse. Dieser Zollkrieg müsse notwendig auch auf die politischen Beziehungen zwischen St. Petersburg und Berlin abfärben, wie er andererseits der französischen Industrie von Nutzen sein, ja für diese die langerehute Gelegenheit zur Wiederherstellung ihres verlorenen Uebergewichts bieten werde. Französische und belgische Fabrikanten und Kaufleute werden aufgefordert, schon jetzt auf Mittel und Wege zu sinnen, um die deutschen Erzeugnisse vom russischen Markt zu verdrängen. Ein russisch-deutscher Zollkrieg solle eine Art unblutigen Revanchekrieg für Frankreich bedeuten und nach neuen wirtschaftlichen Erfolgen werde man auch den rein politischen Zielen innerhalb Europas näher kommen. Diese Gedanken und Stimmungen finden in den Blättern aller Richtungen Ausdruck, man mag den „Temps“, den „Matin“, den „Figaro“, oder den „Gaulois“, den „Kappel“, die „République Française“, die „Liberté“, die „Lanterne“ oder sonst eine beliebige Zeitung zur Hand nehmen —; daß die deutsche Hochschulzollbewegung in ihren Folgen für Deutschlands auswärtige Beziehungen dem politischen und wirtschaftlichen Prestige der Republik etwas Gutes verheißt, sagt den Galliern der Instinkt.“

Deutsches Reich.

Waldersee-Ehrenden.

Pour le mérite.

Wie ein Berliner Blatt meldet, verlieh der Kaiser Waldersee, wie er ihm in einem langen Begütigungstelegramm mitteilte, den Orden pour le mérite mit Eichenlaub unter Verleihung in der früheren Stellung als Inspektor der dritten Aemer-Inspektion. Bereits einen andern Chinalämpfer wurde diese Ordensauszeichnung zu teil, dem Kapitän Leus, dem bei der Erstürmung der Taku-Forts schwer verwundeten Kommandanten des „Alis“.

Empfang in Hamburg.

Am Donnerstagmittag, kurz vor 1 Uhr verließ die Wolffs Telegraphenbureau meldet, Waldersee mit Gefolge die „Gera“ und begab sich auf den festlich geschmückten Dampfer „Willkommen“. Derselbe fuhr die kurze Strecke vom Jonsbafen nach der mit Teppichen belegten, festlich geschmückten St. Pauli-Landungsbrücke, wo Bürgermeister Hochmann sowie zahlreiche Generale sich in dem dort errichteten Empfangszelte eingefunden hatten. Hier fand missträucher Empfang statt; General v. Wittich richtete an den Feldmarschall eine Anrede. Gefolgt von den Generalen und zahlreichen andren Offizieren trat nunmehr Graf Waldersee in der Uniform der Königsollanen, den Marschallstab in der Rechten, bei stürmendem Regen aus dem Zelte. Die Ehren-Compagnie präsentirte. Der Marschall schritt die Front der Compagnie ab und nahm sodann vor dem Zelt Aufstellung, worauf die Compagnie in Sektionsfront einen Paradezug ausübte. Mit dem General v. Wittich bestieg der General-Feldmarschall den offenen Galawagen und fuhr nach dem Rathaus, wo um 1/2 Uhr der Empfang durch den Senat stattfand. An den Empfang schloß sich ein Frühstück an. Das Aussehen des Grafen Waldersee ist vorzüglich.

Eine Rede Waldersees.

Bei dem Empfang durch den Senat im Rathaus hielt Waldersee nach einem Willkommensgruß des Bürgermeisters Dr. Hochmann eine kurze Ansprache. Er nehme, sagte er, alle diese Ehrungen nur zum Teil in seinem eignen Namen an, sie gebühren vor allem dem gesamten Oberkommando im Expeditions-Corps. Er hoffe auf baldigen Friedensschluß. Der Asiate habe nur Respekt, wenn er festen Willen und größere Macht sehe. Beides hätten Deutschland ihm gezeigt und damit unser Aussehen gestiftet. Zum Schluß bringt er der Stadt Hamburg ein Hoch.

„Feldartillerie-Regiment Waldersee“.

Eine Kabinettsorder giebt bekannt:

„Ich bestimme, daß das Schleswigsche Feldartillerie-Regiment Nr. 9 fortan den Namen „Feldartillerie-Regiment General-Feldmarschall Graf Waldersee (Saledwigsches) Nr. 9“ führen soll und beauftrage das Kriegsministerium, diese meine Bestimmung der Arme bekannt zu machen.“

Molde, an Bord m. J. „Hohenzollern“, den 30. Juli 1901.

Wilhelm.

An das Kriegsministerium.“

Noch ein Orden.

Der bairische Specialgesandte Graf Orenberg überreichte namens des Prinzregenten dem Grafen Waldersee die Insignien des St. Hubertus-Ordens. Der Feldmarschall dankte und erkannte die vorzüglichen Leistungen der bayerischen Truppen des Expeditions-Corps an.

Landestrainer und Gewerbeamt.

Die Kabinettsorder über die Landestrainer, deren Rechtsamtsfähigkeit für die 1767 nicht zu Preußen gehörigen Teile der Monarchie (wie Hannover, Hessen-Nassau usw.) zweifellos ist aber auch für die altpreussischen Gebiete aus den gestern angeführten Gründen nicht bestritten werden kann, hat auch ein Interesse für die Reichsgesetzgebung. Die Gewerbe-Ordnung ist Sache des Reichs, sie bestimmt über die Zulassung und Ausübung der Gewerbebetriebe. Allerdings geht hinsichtlich der Ausübung des Gewerbebetriebes ähnlich wie beim Koalitionsrecht Reichs- und Landesgesetzgebung nebeneinander her, und es ist bedauerlich, daß auch hier noch nicht das Reich das ihm verfassungsmäßig zugewiesene Rechtsgebiet positiv in der Weise ausgestaltet hat, daß es bestimmte und un-zweideutige Normen für die landesgesetzlichen Vorschriften gewerbe-rechtlicher Natur giebt, sofern es, was das beste wäre, die landes-rechtlichen Bestimmungen nicht überhaupt aufhebt und durch Reichsrecht ersetzt. In jedem Fall kann die Ausübung der reichs-gesetzlich garantierten Gewerbebefreiheit nur insoweit durch die Landesgesetzgebung ergänzt werden, als dies mit dem Reichsrecht verträglich ist, als die Vorschriften der Sicherheits-, Feuer- und Sittenpolizei nicht gegen den Grundsatz der Gewerbebefreiheit verstoßen.

Nun ist es klar, daß eine königliche Kabinettsorder, die aus irgend einem privat-dynastischen Anlaß für geraume Zeit die Ausübung des Gewerberechts unterbricht, nicht in das Gebiet jener nach dem geltenden Zustand noch berechtigten Polizeivorschriften fällt, sondern im Gegenteil den Befehlen der Gewerbeordnung widerspricht. Damit wird es Sache auch des Reichstags, durch positive Bestimmungen derlei Eingriffe in das Gewerbeamt unzulässig zu machen und solche Möglichkeiten auszuschließen. Bei dieser Gelegenheit könnte dann gleich das ganze Gebiet der gewerbe-rechtlichen Landesgesetzgebung von Reich wegen geregelt und damit in dies Gebiet mannigfacher Willkür Ordnung und Klarheit gebracht werden.

Wie hart die Kabinettsorder in die Erwerbstätigkeit eingreift, dafür häufen sich die Zeugnisse. Im Berliner „Vollständigen Theater“ sind etwa 10 Schauspiel, 15 Artisten und 10 Personen vom technischen Personal sofort entlassen worden; die Landestrainer löste jeden Kontakt. Denn der § 7a des Kontrats dieses menschen-fremdbildigen Instituts besagt: „Die Direktion ist befugt, diesen Kontrakt aufzuheben: a) Bei Brand oder notwendig werdendem Bau des Theaters, Krieg, Invasion durch fremde Truppen, polizeilichem Verbot, Epidemien, Landestrainer, politischer Um-wälzung und ähnlichen Kalamitäten, die eine wenn auch nur momentane Schließung des Theaters zur Folge haben.“

Es wird Sache des Reichstags sein, dafür zu sorgen, daß die Landestrainer hinfort aus der Reihe dieser „Kalamitäten“ für die Gewerbebefreiheit und Erwerbstätigkeit ausscheiden.

Die Kennzeichnung, welche wir gestern dem schamlosen Ver-halten der Streikbrecher in der Siemenschen Glasfabrik in Dresden zu teil werden ließen, hat das arme Gemüth der „Berliner Neuesten Nachrichten“ empfindlich verletzt. Das edle Krupporgan schreibt, nachdem es unsere Notiz wiedergegeben hat:

„Wir können den „Genossen“ nur raten, demnächst im Reichstag ein „Nachhandgesetz“ gegen die frechen Arbeitswilligen zu beantragen.“

Wir können den „Berliner Neuesten Nachrichten“ verraten, daß wir noch viel schärfere Maßregeln als ein Nachhandgesetz gegen die frechen Streikbrecher beantragen werden, nämlich ein Gesetz, des Inhalts: Jeder Arbeitswillige, der einen Streikenden in frecher Weise belästigt, wird verurteilt, regelmäßig die „Berliner Neuesten Nachrichten“, besonders ihre „Witze“ zu lesen. Wir sind überzeugt, daß dies Mittel abschreckend wirkt.

Prählanzerel. In ihren Waldersee-Artikeln renommierten wieder verächtliche Blätter, wie die „Berl. Neuesten Nachr.“ und die „Staatsbürger-Ztg.“ mit dem Seymour-Kommando „The Germans for the front.“ Das letztere Blatt schreibt beispielweise:

„Und wo die deutschen Waffen in Aktion traten, da haben unsre Chinafahrer den deutschen Namen und den deutschen Kriegsrühm in Ehren gehalten. Die Deutschen an die Front! so hieß es bei den verbündeten Heerführern in China. Das ist der schönste Ruhmestitel für unsre braven China-kämpfer.“

Der militärische Kriegsberichterstatler der „Frankf. Ztg.“ tabelte unlängst es äußerst herb, daß manche Schallblätter diesen Befehl Seymours zu einer ganz ungehörigen und lächerlichen Klame benutzt hatten. Der Befehl sei zwar thatsächlich an die deutschen Truppen

ergangen, aber ganz gleichlautend auch an die übrigen Corps des Expeditions-Corps, da die verschiedenen Nationen sich in der Eile abgewechselt hätten. Nichtsdestoweniger gehen unsere Chantvinnen noch immer mit dem ganz gelegentlich gefallenen Wort prahlend hausieren! —

Furcht vor Aufstellung. Wegen Einführung verbotener Schiffs in die Kaserne hatte sich der Unteroffizier Müller vom 9. Infanterie-Regiment Nr. 183 vor dem Kriegsgericht in Chemnitz zu verantworten. Er war auf dem Bureau beschäftigt und arbeitete nebsther für die „Zwickauer Neuzeit“ als militärischer Berichterstatter. Um eine Notiz zu veröffentlichen, hatte er ein Exemplar des sozialdemokratischen „Sächsischen Volksblattes“ mit in die Kaserne gebracht. Dieses fand man bei ihm und stellte ihn deshalb unter Anklage. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechs Wochen Mittelarrest.

Die überaus harte Bestrafung eines Unteroffiziers wegen einer einzigen Unvorsichtigkeit befindet wiederum den bedeutenden Respekt, den die Militärkreise vor den Wirkungen der Zensur eines sozialdemokratischen Blattes auf die Soldaten empfinden. —

Englische Pferdeankäufe für Südafrika. Der „P. J.“ wird aus Hamburg gemeldet: Die englische Regierung ließ durch Agenten ungefähr tausend geeignete Pferde zu annehmbaren Preisen in Hamburg und den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen ankufen. Die Pferde sollen in Hamburg zur Verschiffung nach dem südafrikanischen Kriegszug an Lande verladen werden.

Das Blatt wirft die Frage auf, wie sich wohl der Hamburger Senat und die Reichsregierung zu diesem Handel stellen werden. Sie werden eben gar keine Stellung nehmen. Wie die Regierung, die Erklärung ihres Ministers desavouierend, den Geschäftslieferungen der Firma Ehrhardt und den Sattellieferungen einer Berliner Firma zugehört hat, so wird sie auch die Pferdeleistungen ignorieren. Und der Hamburger Senat besitzt vollends ehrbaren Handelsgesinnung, um sich dieser Aktion der Regierung anzuschließen. —

Hans Blum teilt der „Erfurter Tribune“ mit: „Ich habe keinerlei Verluste beim Leipziger Bankrott erlitten, da ich niemals Aktionär, Gläubiger oder Schuldner der Leipziger Bank war. Ich bin und war auch immer geistig völlig gesund, nie gekrankelt und nie in einer Heilanstalt für Geistesranke.“ — Dankschreiben unserer Erfurter Partei-Organ die auch in unser Blatt übergegangene Mitteilung über die Erkrankung Blums zurück. —

Zur Selbstmachung der Erfahrungsberichte deutscher Reichsangehöriger, die durch den Boerenkrieg geschädigt werden, erteilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Mitteilung:

Nach einer Mitteilung des kaiserlichen Konsuls in Johannesburg empfiehlt es sich für alle diejenigen Reichsangehörigen, denen englische Truppen in der Südafrikanischen Republik durch Wegnahme, Beschädigung oder Vernichtung ihres Besitzes Verluste zugefügt haben, und die aus diesem Grunde Erfahrungsberichte gegen die englische Regierung zu erheben beabsichtigen, das folgende Verfahren zu beobachten. Es ist eine Eingabe, wenn möglich in englischer Sprache, sonst unter Beifügung einer englischen Uebersetzung, an das Compensation Department in Pretoria zu richten und durch Vermittelung der kaiserlichen Konsulate in Pretoria oder Johannesburg einzureichen. Die Eingabe muß eine möglichst eingehende Erklärung darüber enthalten, wann, wo und durch wen der Schaden verursacht worden ist, und wie hoch er sich beläuft. Urkundliche Beweise sind im Original oder in Abschrift beizufügen. Zeugen und Sachverständige namhaft zu machen. Ist anzunehmen, daß ein weiterer Schaden erwachsen ist, der zur Zeit nicht näher angegeben werden kann, so hat der Beteiligte zu bemerken, daß er sich vorbehält, diesen Schaden später festzustellen und anzumelden. Ferner ist die Erklärung abzugeben, daß niemand außer den in der Eingabe etwa erwähnten Personen ein Interesse an dem Erfolgsanspruch hat. Am Schluß der Eingabe ist die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben entweder vor einem englischen Konsulate zu beschwören (affidavit) oder vor einer deutschen Behörde eideschwörtlich zu versichern. Diese Vorkehrung bezieht sich nicht auf die Erfahrungsberichte der aus Südafrika ausgewiesenen Deutschen, da diese nicht vor den englischen Behörden in Südafrika, sondern vor der in London tagenden Entschädigungskommission zur Anmeldung gelangen. —

Also doch!

Als Elsaß-Lothringen wird uns vom 7. August geschrieben:

Wenn jemals ein Minister in einem Lande mit den Gefühlen des höchsten Mißtrauens und allgemeiner Abneigung empfangen wurde, so Herr v. Köller bei seinem Einzug ins Straßburger Ministerpalast. Nicht bloß in der Presse der demokratischen und der liberalen Opposition, nein, selbst in den wöchentlich regierungstreuen Blättern bis hinüber zur offiziellen „Straßburger Post“ war seine Berufung an die Spitze des reichsständischen Ministeriums als ein verhängnisvoller Mißgriff bezeichnet worden, der auch die künftigen Erfolge wieder in Frage stellen müsse, die für die Sache der Ausführung des Landes mit den neuen Verhältnissen bisher erzielt worden sind. Die von einem schweren Alb befreit, hatte die Bevölkerung Elsaß-Lothringens vor nunmehr sieben Jahren aufgetan, als mit der Berufung des Unterstaatssekretärs und Ministers des Innern v. Köller in die preussische Regierung das Land von dem Gewaltregiment eines Mannes befreit wurde, der durch eine brutale Handhabung der ihm verliehenen Gewaltbefugnisse den totalen Mangel an staatsmännischer Befähigung zu verdecken gesucht und mit seiner rücksichtslos dreinschreitenden Unterdrückungs- und Entredungsart selbst bei einem Pattkamer Ausstoß erregt hatte, der in diesen Dingen wahrhaftig doch auch kein Stümper ist. Jetzt, nachdem Herr v. Köller mit diesen seinen Verwaltungsgrundrissen inzwischen als preussischer Polizeiminister lässlich Schiffbruch gelitten und seinen Ruf als unerbittlicher Zwangsgermanisator in seiner letzten Stellung in Schleswig-Holstein noch wesentlich verkleinert hat, jetzt muß seine Berufung zum Leiter des Ministeriums für Elsaß-Lothringen geradezu wie eine Fälschung für dieses Land erscheinen, durch die die Aera einer weiteren Verschärfung des bestehenden Diktatur-Regiments eingeleitet werden soll.

Der eben gegangene Herr v. Pattkamer wählte die Härten seines Regiments durch eine gewisse Konzession der Formen seines amtlichen Auftretens wenigstens etwas zu mildern, was sich besonders in seinem Verhältnis zur reichsständischen Volksvertretung zeigte, die er in allen entscheidenden Fragen für sich zu gewinnen verstand. Anders Herr v. Köller, der durch sein brutales Auftreten das Amtsstück fertig brachte, als Repräsentant der Regierung mit der willkürlichen aller Volksvertretungen der Welt, dem Landesauschuss für Elsaß-Lothringen, unausgesetzt auf dem Kriegsfuß zu leben.

Was die sozialdemokratische Partei des Reichslandes anbelaugt, so braucht sie sich nämlich über die neueste Wendung der Dinge nicht allzu sehr aufzuregen. Sie ist unter der Aera des Unterstaatssekretärs Köller (1889—1894) herrlich gediehen. Erst 19 157 Stimmen waren bei den Reichstagswahlen des Jahres 1890 für sie abgegeben worden, und schon drei Jahre später, nachdem das Köllersche Regiment vier Jahre seine Plüte über dem Lande geschwungen, hatte man die Sozialdemokratie auf 46 186 hinaufdrangeführt.

Der Köller möge also nur kommen und loslegen! Der verstärkte Druck von oben wird auch einen verstärkten Gegenruck von unten erzeugen. —

Ausland.

Holland.

Amsterdam, 7. August. (Fig. Ver.) Am 27. Juni wurden zwei Sozialisten, R. Schaper und Van der Zwaag, in je zwei Kreisen gewählt. Demzufolge mußte in den Kreisen Veendam und Weststellingwerf eine Ergänzungswahl stattfinden. In Veendam wurde

Troelstra durch die Sozialdemokratie kandidiert, welcher bei den Hauptwahlen befestigt worden war. Von Anfang an wurde seitens sämtlicher bürgerlichen Parteien ein erbitterter Kampf geführt, um den Führer der sozialdemokratischen Partei Hollands außerhalb des Parlaments zu halten. Der Vorsitzende des freisinnig-demokratischen Bundes, eine politische Partei, welche zur Milderung des „Klassenkampfes“ ins Leben gerufen war, war der Auserlesene der Reaktion. Katholische und konfessionelle Heze, kapitalistische Gewalt, Verleumdung und Korruption, alle Mittel wurden gegen unseren Genossen ins Feld gebracht mit der Folge, daß gestern der Wahlfreie für die Sozialdemokratie verloren gegangen und Troelstra geschlagen ist. Bei der Stichwahl am 27. Juni wurden auf Genossen Schaper 2110 Stimmen abgegeben, auf seinen Gegner Dr. Vos 1852; gestern war die Stimmenzahl Troelstras 2207, Dr. Smidt brachte es aber auf 2637.

In dem Kreise Weststellingwerf findet am 18. August die Stichwahl statt. Unser Genosse Eugeholy steht das einem Kandidaten gegenüber und hat Aussicht auf Sieg. —

Frankreich.

Max Regis erklärte in einer Unterredung, er werde sich auf einige Zeit aus dem politischen Leben zurückziehen und sich weder in Frankreich noch in Algerien als Parlamentskandidat aufstellen lassen. Auch werde er seine Demission als Bürgermeister von Algier erneuern. Weiter erklärte Regis, daß er in den nächsten Monaten eine Serie antikemistischer Konferenzen in Europa, namentlich in Belgien und Deutschland, abgeben werde.

Deutschland hat doch bereits seinen Pöbel.

Die Einnahmen aus den indirekten Steuern ergaben für den Monat Juli gegenüber dem Voranschlag einen Ausfall von 9 Millionen Frank und gegenüber den Einnahmen im Juli 1900 einen Minderertrag von 20 Millionen Frank.

Italien.

General Baratieri ist in Sterzing, Bezirk Brigen, wo er sich seit einigen Wochen aufhielt, gestorben.

Baratieri, der einst den Ruf eines erfolgreichen Kolonialtruppenführers besaß, verlor sein militärisches Renommée durch die vernichtende Niederlage, die er in dem abessinischen Feldzug am 1. März 1896 bei Adua durch Menelik's Truppen erlitt. Diese Niederlage, die auf die zu unbesonnenen Operationen aufweisenden Weisungen des damals am Ruder befindlichen Kabinetts Crispi zurückgeführt wurde, bedeutete nicht nur den Zusammenbruch der italienischen Afrika-Politik, sondern auch den Sturz des Ministeriums. Baratieri selbst nahm seinen Abschied und lebte seitdem zurückgezogen in seiner südtalienischen Heimat. —

England.

Der amtliche Handelsbericht Großbritanniens für Juli weist eine Vermehrung des Wertes der Einfuhr um 2764855 Pfund auf im Vergleich mit dem entsprechenden Monat im Vorjahr. Diese Zunahme kommt zum großen Teil auf Rechnung der vermehrten Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken, deren Wert sich gegen Juli 1900 um 1802548 Pfund erhöhte, und auch von Rohmaterialien für die Textilindustrie, deren Wert den des Juli im Vorjahr um 1180909 Pfund überstieg. Die Ausfuhr zeigt eine Abnahme im Werte von 164786 Pfund gegen Juli 1900.

China.

Erfolge des Kreuzzugs.

Neber die Lage in China nach Liquidation des China-Kreuzzugs meldet der „Lloyd“ unterm 28. Juni aus Shanghai:

Überall da, wo die Korposten zurückgezogen sind, haben sich die Boxer und Räuber wieder gezeigt. Chinesische reguläre Truppen kämpfen gegen sie; ob aber auf die Dauer mit Erfolg, scheint sehr zweifelhaft.

Aus dem Norden treffen fortwährend zahlreiche Flüchtlinge aus der Mandchurei ein. Sie melden, daß die ganze Provinz Sching-ling im hellsten Aufruhr steht. Die Aufständischen durchziehen mordend und fegend das ganze Land. Rings um Mulden sind die Dörfer und Ortschaften eingekreist und Hunderte, die dem Treiben der Vanditen Widerstand leisten wollten, sind niedergemacht worden. Die russischen Streitkräfte sind der Aufgabe, im Süden der Mandchurei Ruhe und Ordnung zu halten, nicht gewachsen.

Wie wenig Beachtung dem kaiserlichen Edikt, das die Zugehörigkeit zu geheimen Gesellschaften verbietet, geschenkt wird, beweist die außerordentliche Ausbreitung der Vereinigung, einer Gesellschaft, deren Ziel die Bekämpfung der Mission ist. In der ganzen Provinz Tschili, namentlich aber im Süden hat diese Sekte so viele neue Anhänger gewonnen, daß die Gesandten sich veranlaßt gesehen haben, ihre sofortige Unterdrückung zu fordern. Chinesische Gerichte melden, daß von den Gesandten in dieser Angelegenheit bereits ein Ultimatum gestellt worden ist.

Die Meldungen mögen tendenziös übertrieben sein, aber die Chinesen müßten Hunde und keine Menschen sein, wenn sie nicht Aufhalten trafen, um einem neuen Kreuzzug mit mehr Erfolg entgegenzutreten zu können.

Typhus-Epidemie unter den deutschen Truppen.

Neuere Bureau meldet aus Tientsin: Unter den deutschen Truppen herrscht viel Krankheit und es kamen zahlreiche Todesfälle infolge des Ausbruchs von bössartigem Typhus vor. Der Gesundheitszustand der britischen Truppen ist normal.

Die verweigerter Unterschrift.

Das „Renterische Bureau“ meldet aus Peking: Die meisten Mächte wünschen ernstlich, nach der Haltung ihrer Gesandten zu urteilen, eine Lösung herbeizuführen, und sind aneinander bereit, nötigenfalls weitere Vergleiche einzugehen. Die Gründe für die Erklärung des englischen Gesandten Satow, daß er das Protokoll noch nicht unterzeichnen könne, sind nicht bekannt. Man glaubt jedoch, daß falls das Vorgehen Satows nur der Unzufriedenheit mit dem Wortlaut des Protokolls zuzuschreiben sei (2) und nicht auf Prinzipienfragen beruhe, ein schneller Abschluß der Verhandlungen wahrscheinlich sei.

Es wird weiter geplündert.

Das „Bureau Ruffan“ meldet vom 8. August aus Peking: Die britischen Behörden haben den Wunsch ausgedrückt, daß die Italiener den Sommerpalast räumen, damit derselbe den Chinesen zurückgegeben werden kann. Es wird Klage darüber geführt, daß die Italiener alle beweglichen Gegenstände weggeschleppen und sogar die berühmte Bronze-Pagode abtragen in der Absicht, sie bei dem Auszuge mitzunehmen. —

Afien.

Indische Kolonialunruhen. „Daily Telegraph“ meldet aus Simla: Ein Posten eingeborener Truppen wurde auf der Grenze bei Kasmir-Tar gezwungen, sich einer Abteilung des aufrethretischen Stammes der Massins zu ergeben.

Der Boeren-Krieg.

Rittener erhält einen Nachfolger!

Aus London wird gemeldet: Sir Alfred Milner wird sich am nächsten Sonntag nach Südafrika einschiffen. In seiner Begleitung befindet sich General Lyttleton, der als Nachfolger Ritteners gilt, falls dieser einen längeren Urlaub antreten sollte. Rittener scheint also wirklich alle Hoffnung auf Genesung — der südafrikanischen Verhältnisse aufgegeben zu haben. Ob Lyttleton das ungesunde Klima besser anhalten wird? Nach den Erklärungen britischer Offiziere, die kürzlich vom Kriegsschauplatz heimgekehrt sind, soll der Krieg sich noch jahrelang hinziehen können. Die Lage der nach Kapstadt und Port Elizabeth geschickten Engländer soll eine äußerst elende sein. Und das alles

verursachen die elenden paar „Vanditen“, die sich noch in den Boerenstaaten und der Kapkolonie herumtreiben!

17 285 Menschenleben

hat nach der offiziellen englischen Statistik bis zum 5. Juli der Boerenkrieg den Engländern gekostet, die an Krankheiten gestorbenen nicht mit eingerechnet!

Ein Londoner Telegramm besagt: Das Kriegsamt veröffentlicht eine Statistik über die englischen Verluste in Südafrika bis zum 5. Juli: Danach sind gefallen oder ihren Verwundungen erlegen 786 Offiziere und 15 933 Unteroffiziere und Mannschaften. Vermißt werden 8 Offiziere und 538 Mann. 5 Offiziere und 379 Mann sind nach Zurückbeförderung in die Heimat gestorben. Als kriegsunfähig wurden nach der Heimat zurückgeschickt 3293 Mann.

Partei-Nachrichten.

Der Schiedsspruch über die Hamburger Accordmanrer wurde am Dienstag in einer gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs behandelt. Genosse Elm als Referent sprach mit großer Erregung gegen den Schiedsspruch und vertrot unter anderem den Standpunkt, daß die Hamburger Partei die Accordmanrer auch ausschließen könne, selbst wenn der Parteitag den Schiedsspruch bestätige. In seinem Sinne sprachen noch eine ganze Anzahl Redner, während Mollenhuth, Grünwaldt und Lüth den entgegengelegten Standpunkt vertraten. Es wurden schließlich zwei Resolutionen dieses Inhalts angenommen:

Die Versammlung der Mitglieder der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs erhebt gegen den Entsch. des Schiedsgerichts, bezüglich Ausschluß von Streikbrechern aus der sozialdemokratischen Partei, entschiedenen Einspruch. Nachdem von dem Schiedsgericht selbst festgestellt worden ist, daß diejenigen, deren Ausschluß beantragt war, Streikbruch begangen haben, hätte der Ausschluß vollzogen werden müssen.

Die Versammlung beauftragt das heutige Bureau, bei den weiteren Instanzen der Partei, den Controllen und dem Parteitag, zu beantragen, daß diese einen Entsch. im Sinne der Antragsteller fällen.

Des Ferneren erklärt die Versammlung, daß sie die Begründung, welche das Schiedsgericht seinem Entsch. gegeben hat, unter keinen Umständen als richtig anerkennt. Diese Begründung widerspricht den Grundsätzen, welche bisher in der deutschen und speziell in der Hamburger Arbeiterbewegung Geltung hatten. Ein Begriff wie „Streikbruch“ in einer Kollage, durch den der Streikbrecher weder an Knechten bei den Arbeitern, noch das Recht verliert, fernhin den Organisationen anzugehören, die den Klassenkampf führen, was den Kampf mit dem Unternehmertum stehenden Arbeitern bloßer unbekannt.

Die Versammlung protestiert ganz entschieden dagegen, daß eine solche Ansicht Geltung für die sozialdemokratische Partei Deutschlands haben soll und spricht die Hoffnung aus, daß diese Ansicht unter den deutschen Arbeitern nie zur Geltung kommen wird.

II.

Die am 7. August im Tages-Etablissement tagende gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs beschließt: „Die große Mehrheit der Mitglieder der in den sozialdemokratischen Vereinen organisierten Parteigenossen Hamburgs vertritt entschieden die Ansicht, daß die vom Centralverband der Laurer Deutschlands (Zweigverein Hamburg) gekennzeichneten Maurer nach den § 2 des Organisationsstatuts „exclusio“ gehandelt und somit aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Da nun eine Selbstredbarkeit des Ausschlusses vorläufig nicht möglich, sondern genau nach den im Organisationsstatut vorgeschriebenen Bestimmungen zu verfahren ist, wird der definitive Ausschluß erst nach Wochen erfolgen können. Es ist deswegen für die Partei von großem Interesse, um dem fortwährenden Streit unter den aktiv tätigen Parteigenossen vorzubeugen, daß die vom Ausschluß Betroffenen so lange ihre öffentliche Tätigkeit in der Partei anzugeben haben, bis die Sache endgültig erledigt ist.“

Auch im sozialdemokratischen Verein in Wandsebeck wurde ein Protest gegen den Schiedsspruch beschlossen.

Die „Parteiische Volksstimme“ in Gorki wird, wie in einer dort abgehaltenen Parteiversammlung mitgeteilt wurde, vom 1. Oktober an täglich erscheinen.

Gemeindevahlen in Hesse. In Hesse nstamm eroberten die Parteigenossen von 6 städtischen Mandaten 5 und in Oberhessen von 4 Mandaten 3; der vierte Kandidat hatte mit dem Gegner die gleiche Stimmenzahl, das Los entschied zu seinen Ungunsten.

Das Zwischenpiel in Halberstadt dürfte als beendet anzusehen sein. Die Pressekommision erklärt im Walle eine Protesterklärung gegen die eigenmächtige Redaktionsführung des Ferienredactors und dieser erklärt, daß er in den drei Nummern, die er noch machen wird, weitere Separatleistungen unterlassen werde.

Von der englischen Sozialdemokratie. Auf der Jahreskonferenz des sozialdemokratischen Bundes, die in Birmingham abgehalten wird, wurde, wie der „Frank. Ztg.“ gemeldet wird, ein Schreiben von Hyndman, dem Begründer und langjährigen Führer der englischen Sozialdemokratie, verlesen, worin derselbe mitteilt, daß er aus dem Ausschusse des Bundes austrete. Er schreibt: „Ich verweise bei den englischen Arbeitern das Klassenbewußtsein, ohne welches nichts Gutes geleistet werden kann. Selbst die Mitglieder des sozialdemokratischen Bundes lassen in der Beziehung viel zu wünschen übrig. Als Mitglied der gebildeten wohlhabenden Klassen bin ich ganz erstaunt über die Unwissenheit und Apathie meiner Landsleute und bin sehr enttäuscht über das Resultat unserer lange fortgesetzten Kollation.“

Die ausführlichen Berichte über die Verhandlungen der Konferenz werden wohl noch Näheres über den direkten Verlauf zu dem Schritt Hyndmans bringen.

Das Reformprogramm der norwegischen Sozialdemokratie.

Zu Nr. 176 des „Vorwärts“ brachten wir den principiellen Teil des Programms in der durch die Beschlüsse des Parteitags bestimmten Form zum Abdruck. Nun ist auch der andre Teil, der die Forderungen an den Gegenwartsstaat enthält, erschienen und dieser hat folgenden Wortlaut:

„Diesen Grundanschauungen entsprechend kämpft die Partei gegenwärtig für:

1. Den Zusammenschluß und die Solidarität der Arbeiter.
2. Die geschlichen Schutz der Reden- und Wahlfreiheit, und des Vereinigungs- und Versammlungsrechts der Arbeiter.
3. Staatsbürgerliches und kommunales Wahlrecht für alle im Lande heimaterberechtigten Frauen und Männer, vom vollendeten 21. Lebensjahre an. Die Wahl soll an einem Feiertag stattfinden.
4. Ein zeitgemäßes Wahlsystem mit Einzelmanns-Wahlkreisen; direkte Wahlen und Stichwahlen.
5. Direkte Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung durch Vorschlags- und Verwerfungsrecht.
6. Abänderung der Bestimmungen für die Erwerbung des Heimat- und Staatsbürgerrechts, und zwar so, daß es auch den eingewanderten Ausländern, die der Arbeiterklasse angehören, möglich gemacht wird, diese Rechte zu erwerben.
7. Eine verbesserte Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Besonders wird hervorgehoben: a) Verbot der Arbeit der Kinder unter 14 Jahren in Fabriken, Werkstätten, Vergewerken oder irgend welchen andern gesundheitsgefährdenden oder anstrengenden Betrieben. b) Einschränkung der Nachtarbeit auf solche Industrien oder Fälle, wo technische Gründe, Rücksichten auf das öffentliche Wohl oder zwingende Ausnahmeverhältnisse die Nachtarbeit erfordern. c) Festsetzung eines Maximal-Arbeitstags von 8 Stunden. d) Verbot der Anwendung giftiger oder die Gesundheit der Arbeiter gefährdender Stoffe zu Arbeiten, zu

Denen Ihre Verwendung nicht absolut notwendig ist. e) Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von 24 Stunden. f) Gesehlich festgelegte Kontrolle über die Sauberkeit und Beladung der Schiffe. g) Effektive Gesundheitskontrolle der Schlafräume der Dienstboten und der Seeleute, sowie der Arbeiterwohnungen. Diese Forderung setzt voraus, daß Staat und Gemeinde für die Beschaffung entsprechender Wohnräume sorgen, wenn es an solchen mangelt. h) Durch die Arbeiter gewählte Beamte zur Beaufsichtigung der Handhabung der Arbeitergesetzgebung.

8. Aufhebung des Häuserverhältnisses. Zeitgemäße Abänderung der Gesetzgebung für Dienstboten und Seeleute, zum Schutz der betreffenden Arbeiter gegen Übergriffe der Herrschaft und der Vorgesetzten.

9. Eine verbesserte und konfessionslose Volksschule, als einzige Schule für alle Kinder. Unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Lehranstalten. Erziehung elementar und verwahrsamer Kinder durch die Gesellschaft (Staat oder Gemeinde).

10. Rechtspflege und Rechtsbeistand durch staatliche oder kommunale Anwälte ohne direkte Bezahlung durch den Rechtshabenden.

11. Ärztliche Hilfe, Arzneimittel und Krankenpflege auf Kosten des Staats oder der Gemeinden. Bekämpfung der Tuberkulose durch die Errichtung öffentlicher Kur- oder Pflege-Anstalten zur Gratisbehandlung.

12. Ausreichenden Unterhalt für alle Arbeitsinvaliden.

13. Größtmögliche Einschränkung der indirekten Steuern. Verwendung des Ertrags der auf die Arbeiterbevölkerung fallenden indirekten Steuer zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter. Aufhebung der Schutzzölle, die die Arbeiterbevölkerung zu Gunsten einzelner Erwerbszweige und Bevölkerungsklassen belasten. Einnahme-, Vermögens- und Erbschaftsteuer mit Erhöhungen nachsteigender Stufen. Besteuerung des Bodens, auch des unbebauten, nach dem natürlichen Wert, den er für den Ackerbau hat, und in den Städten erhöhte Besteuerung unbauten Grund und Bodens. Allmähliche Uebernahme derjenigen Tätigkeitszweige, die die öffentlichen Einnahmen vermindern oder die Aufgaben der Bevölkerung vermindern können, durch den Staat oder die Gemeinden. Besonders kommen hierbei in Betracht: die großen Fischereien, die Dampfschiffverbindungen, die Tabakindustrie, Branntweinbrennerei, die Bierbrauerei, die Forstwirtschaft, die Holzmasse-Industrie und der Import von Getreide und Kohlen.

14. Ausführung der staatlichen und kommunalen Arbeiten durch Staat und Gemeinden selbst, ohne Mitwirkung privater Unternehmer.

15. Errichtung internationaler Schiedsgerichte. Abschaffung des Militarismus und Einführung allgemeiner Volksbewaffnung.

Krach und Krise.

Die kapitalistische Presse ist nach alten Gewohnheiten und ganz den Interessen ihrer Klasse entsprechend eifrig bemüht, die sich täglich neu bemerkbar machende allgemeine Krise zu leugnen und die Meinung zu verbreiten, daß es sich nur um den Zusammenbruch einzelner sawindelhafter, „verbrecherischer“ Unternehmungen handle. Weil zur Unterstützung solcher Darstellungen auf eine Reihe bekannter Thatsachen hingewiesen werden kann, finden jene vielfach Glauben, allerdings nur bei Ununterrichteten und bei Interessenten, die glauben, was sie gern wollen. Andre Leute wissen, daß jene Zusammenbrüche von Schwindelbanten nur eine Begleiterscheinung, eine Zellerscheinung der Krise sind, nicht diese selbst! Längst, ehe irgend eine Erwerbsgesellschaft zusammenbrach, hatten wir eine Krise, eine Reaktion gegen den Größenwahn der Hochkonjunktur. Und neben den Zusammenbrüchen her gehen andre Erscheinungen des Wirtschaftslebens, die im Grunde weit wichtiger und bedeutender sind, wie z. B. die schwere Störung im Eisenhandel, die jetzt eben im Begriff ist, sich auf den Kohlenmarkt fortzupflanzen, die Klagen der Hüften, die allein auch aus ihren Zeichen, wenn sie solche haben, Gewinne ziehen, wie der letzte Vierteljahrsnachweis der Laurohütte beweist; endlich die gefährliche Verfassung des Electricitäts-Großgewerbes, das allgem ein nach dem System verfahren ist, Tochtergesellschaften zu gründen und deren Aktien einstuellen unter Protection zu nehmen. Dieses System wird sich bitter rächen, und was wir in dieser Hinsicht bei Schudert erlebt haben, ist nur ein Vorspiel.

Seit einiger Zeit machen sich Anzeichen bemerkbar, daß sich erhebliche Ereignisse im Großgewerbe von Rheinland-Westfalen vorbereiten. Der Schwinder Terlingen ist auch hier nur ein Typ für eine Rebenerscheinung der Krise. Plumpse Aktienfälschung und dergleichen ist eine immerhin seltene Erscheinung.

Aber wenn schon die Ziffern der letzten Monate über Kohlen- und Eisenhandel eine starke kritische Reaktion bezeugten, so sind die Nachrichten über die Läger der großen Hüften und deren Geldverlegenheiten noch weit redseliger. Denn leider mußten die Eisenhütten ihren Betrieb weit mehr einschränken, als sie es schon thun. Trotz aller damit verbundenen Leiden für die Arbeiter giebt es im Reiche der kapitalistischen Ordnung kein andres Mittel der Krise zu begegnen, als Produktionsreduktion.

Rechtlich, wie nachdem letzten Vierteljahrsausweis bei der Laurohütte steht es mit dem Bochumer Gußstahlverein nach dem letzten Jahresabschluss. Die Erträge, die noch erzielt sind, sind erheblich, aber sie sind wesentlich auf die mit der Hütte verbundene Kohlenzweige zurückzuführen. Bei der Bochumer Abrechnung hat die Sache noch einen etwas eignen Beigeschmack. Die Jesse Karolinenhütte ist Ende September vor. 33. durch den Bochumer Verein erworben und die dafür angegebene Aktien sind an die Aufsichtsräte, Direktoren etc. des Bochumer Vereins gegangen, die vorher im Besitz der Rige von Karolinenhütte waren. Schon bei jenem Ankauf der Jesse ging es auf die Art zu, die im großen Geschäft üblich ist und bei gewöhnlichen Bürgerleuten, die sich nicht so erfolgreich mit dem Studium der Werke befassen können, übel ausfallen würde. Jetzt wird in der „Welt am Montag“ dem Bochumer Verein nachgelagt, daß die hohe Dividende, die jetzt noch bezahlt wird, mehr in Rücksicht auf noch an den Mann zu bringende Aktien, als zufolge einer richtigen und vorrichtigen Bewertung der Erträge und Aussichten zu stande gebracht sei.

Der Bochumer Verein hat aber wenigstens nicht so überfüllte Läger, wie z. B. die Dortmund Union, die in schweren Verlegenheiten ist, eine Lage, die gewiß nicht dadurch besser wird, daß es andern Hüttenwerken ebenso geht. Aus diesen Verhältnissen bereitet sich eine Krise im Hüttengewerbe vor, die schwere Folgen für die Arbeiter haben muß. Auch die Erneuerung der Hoheisenartelle in Schlesien und in Rheinland-Westfalen, die soeben zu stande gebracht ist, wird daran nichts ändern, wenn nicht eine stärkere Produktions-Einschränkung und eine Herabsetzung der Kohlenpreise durchgesetzt wird.

Die Rückwirkung der industriellen Krise auf die Banken ist auch erst in ihren Anfängen begriffen. Ohne schwere Erschütterungen scheint einweisen der Sturz der Bankfamilie Sandau abzugeben, weil diese Großfinanzfamilie sich anscheinend mit ihren Spekulationen lediglich selbst geschädigt hat. Die „Nationalbank für Deutschland“ behauptet, keine Verluste zu erleiden. — Sie ist eine Gründung des Hauses Sandau, dessen Chef außer im Aufsichtsrat jener Bank noch in 25 Aufsichtsräten saß und saß.

Unter dem Druck des Mißtrauens, das zu starkem Angebot ihrer Aktien führt, haben sich einige Banken zu außerordentlichen Maßregeln entschlossen. Die Berliner Bank veröffentlicht eine Halbjahrsbilanz, die zwar nicht viel, aber doch so viel verrät, daß auch die Berliner Bank im Juli einen starken Stoß ausgehalten hat. Die Depostengläubiger haben der Bank 10 1/2 Millionen entzogen, den dritten Teil aller täglich fälligen Verbindlichkeiten der Bank. Die möchte hiernach eine Halbjahrsbilanz der Dresdener Bank ansehen, der 50 Millionen Depostens entzogen sind. Gerade diese Bank, die es am nötigsten hätte, veröffentlicht keine Semesterbilanz. — Sie wird ihre Gründe haben. Auf alle öffentlich gedruckten Bedenken läßt sie sich in Schweigen, und sie hat sogar geschwiegen, als ihr längst in mehreren Blättern bedenkliche Citierungen nachgelagt wurden, die zur Erhaltung des Rufes ihrer Aktien dienen sollten. Derartige Schwiegungen und Nachschöpfungen haben aber die bedenklichsten Konsequenzen, wie man in Leipzig-Kassel und bei der Pommeren-Bank sehen konnte. Die zu

solchen Zwecken festgelegten Gelder weisen sich später, wenn trotzdem Kursstürze eintreten, als stark unwirksam, wenn nicht gar als verloren oder doch unrentierbar.

Die Pommerenbank zu sanieren weigern sich die Banken und zwar angeblich, weil sie die Lage jener Hypothekbank für weit schlechter halten, als die Regierungsbanknoten. Diese Geschichte wird allmählich etwas geheimnisvoll. Schon vor einigen Monaten erschien im „Vorles-Courier“ ein Avis, aus dem man schließen konnte, daß die Banken sich scheuen, noch mehr Kapital in „Sanierungen“ festzulegen. Sie haben mit sich selbst genug zu thun. Die Weisheit der Pommerenbank müde genug geworden sind, um den Banken größere Gewinne einzutäumen, wird man's natürlich doch versuchen.

Eine Erwähnung verdient auch ein hoffnungsreicher Artikel im „Vorles-Courier“ über den Seehandel in Hamburg und Bremen. Die Schiffstonnenzahlen der beiden Häfen sind im ersten Halbjahr 1901 (einkommende Schiffe) um etwa 1/4 Million Registertons gestiegen. Diese Ziffer sagt aber wenig oder nichts. Denn abgesehen von den Auswanderungsschiffen, deren Frequenz mit der Krise zunimmt, haben Hamburger Reedereien ihre Hoffnung auf ein gutes Geschäft auch während der Krise geradezu damit begründet, daß der Export unter dem Druck des Angebots im Inlande zunehmen werde, und sie haben auch erklärt, daß diese Ercheinung bereits eingetreten sei. Man kann also aus den Reedereiziffern keinen direkten Schluß auf die Krise machen, und vor allem sind jene Zahlen nicht im Stande, die offensbaren Nachweise des Niedergangs aus den übrigen Bezirken des Erwerbslebens zu entkräften.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft Deutschlands.

Seit nunmehr 14 Wochen tobt in Nordhausen der Kampf der Tabalarbeiter um die Erhaltung der Organisation. Die im Unternehmerring vereinigten acht Kautabak-Fabrikanten wollen immer noch keinen Frieden. Die ausgesperrten Arbeiter haben alles versucht, um eine Einigung herbeizuführen, die acht Unternehmer lehnen jede weitere Unterhandlung ab.

Wie die Fabrikanten offen erklären, wollen sie die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen durch Hungern zwingen, sich willenlos zu unterwerfen. Die ausgesprochenen Vernichtung der Organisation, das jahrelange geübte System der fortgesetzten Maßregelungen soll mit allen Mitteln der Gewalt aufrecht erhalten werden.

Genossen! Der Kampf ist hart. Faktoren, wie die Nordhäuser Gefängnisverwaltung, der städtische Arbeitsnachweis und die Verpflegungsgesellschaft marschieren mit dem Unternehmerring gegen die organisierten Tabalarbeiter, um denselben ihr Koalitionsrecht zu entreißen.

Auf drum, Genossen und Brüder! Thue ein jeder denkende Arbeiter seine volle Schuldigkeit im erneuten Ansturm gegen die brutale Willkür, die Herrschselbst und den Terrorismus der Unternehmer.

Arbeiter Deutschlands! Helft uns im heißen Ringen um die Erhaltung unsrer Organisation. Wenn jeder Klassenbewußte Arbeiter seine Pflicht thut, dann muß der Verband zur Anerkennung gelangen. Ausgesperrt sind noch 636 Personen mit 466 Kindern.

Das Gewerkschaftsstell Nordhausen

Das Komitee der ausgesperrten Tabalarbeiter.

Alle Sendungen und Briefe sind an H. Schmidt, Nordhausen, Schreiberstr. 10, zu richten.

Berlin und Umgegend.

Die Bauanschläger werden am Dienstag vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins über die Einführung eines neuen Lohnsatzes verhandelt, nachdem sich nun auch die Unternehmer hierzu bereit erklärt haben.

In der öffentlichen Versammlung der Bauanschläger, die gestern im Gewerkschaftshause tagte, wurde von mehreren Rednern die Befürchtung geäußert, daß durch die Verhandlungen, für die Termin erst am Dienstag angeht, die ganze Bewegung nur in die Länge gezogen werden soll. Von diesen Rednern wurde befürwortet, daß den Meistern schon heute, Freitag, der neue Tarif unterbreitet und vom Montag ab bis zur endgültigen Einigung vor dem Einigungsamt nur zu den geforderten Bedingungen gearbeitet werden soll. Eine dementsprechende Resolution und ein weiterer Antrag am Montag die Arbeit bis zur Beendigung der Verhandlung einzustellen, wurden schließlich gegen eine erhebliche Majorität abgelehnt und beschloffen, erst die Verhandlungen mit den Unternehmern am Dienstag abzuwarten. Sollten die Verhandlungen am Dienstag nicht zum Abschluß kommen, so soll dahin gewirkt werden, daß dann wenigstens der alte Tarif vorläufig anerkannt wird. Am Dienstag findet wieder eine Versammlung statt, in der die weiteren Maßnahmen beschloffen werden.

Die organisierten Puher (Zahlstelle I des Centralverbandes der Puher) beschloffen in ihrer letzten Mitgliederversammlung, daß von jetzt ab alle diejenigen Mitglieder, die zu den vom Arbeitgeberbund ausgehenden verschlechterten Bedingungen arbeiten, als aus dem Verbande ausgeschloffen gelten sollen. Elf Mitglieder, denen nachgewiesen wurde, daß sie, ungeachtet der ihnen bekannten Stellung des Verbandes gegenüber den von den Unternehmern aufgestellten Bedingungen, doch auf diese eingegangen waren und damit gegen die bisher geltenden Arbeitsbedingungen verstoßen hatten, wurden sofort ausgeschloffen.

Deutsches Reich.

Zum Generalstreik der Flaschenmacher. Die Aktien der Siemens'schen Glasfabrik sind im Kurse gefallen. Die Firma läßt den Handelsredaktionen bürgerlicher Blätter eine Notiz zugehen, worin sie sich bemüht, darzulegen, daß der Kursrückgang nicht eine Folge des Generalstreiks sei, daß vielmehr trotz des Streiks flott weiter gearbeitet werde usw.

Daß es mit dem Weiterarbeiten nicht weit her ist, das steht fest, und die Annahme, daß der Rückgang des Kurses eine Folge des Streiks ist, hat mindestens eine große Wahrscheinlichkeit.

Zum Sammetmacher-Streik in Krefeld wird uns geschrieben: Die Sammetfabriken haben ihre Drohung wahr gemacht. In den Sammetfabriken wird seit Montag, den 8. August, nur fünf Stunden gearbeitet. Im Laufe der nächsten Woche sollen die Fabriken ganz geschlossen werden, wenn der Streik bis dahin nicht beendet ist. Die Sammetweber haben in einer Sitzung der Fabrikantenschiffe beschloffen, eine abwartende Stellung einzunehmen, um die günstige Position der Streikenden nicht zu gefährden. Sollte es zu einer vollständigen und allgemeinen Aussperrung kommen, so will man von der Stadtverwaltung und nicht von den Verbänden Unterstützung fordern. Der durchgeführte Plan der Unternehmer, die Kassen der Verbände zu leeren, soll dadurch vereitelt werden.

Sollten die Sammetfabrikanten die Fabriken ganz schließen, so werden die Sammetweber die Arbeit einstellen, um dadurch einen Druck auf die Fabrikanten auszuüben. Denn dieser Zweig der Textilindustrie ist in aufsteigender Konjunktur begriffen. Da nun ein fortwährender Mangel an Arbeitern in diesem Specialfach herrscht, so können die Fabrikanten, die ohnehin gegen die französische Konkurrenz zu kämpfen haben, durch die Arbeitsniederlegung der Sammetweber in große Verlegenheit kommen.

Die Sociale Kommission, welche in Krefeld besteht, und welcher auch zwei Arbeiter angehören, die aber in 5 Jahren noch keine Einladung zu einer Sitzung erhielten, beriet jetzt in einer Sitzung, zu welcher diesmal auch die Arbeiter erschienen durften, über die Sachlage, und bot den Streikenden ihre Vermittlung an. Da aber die Sociale Kommission absolut kein Vertrauen bei den Arbeitern genießt, so wurde die Vermittlung rundweg abgelehnt. Als dagegen der Geschäftsführer des Fabrikantenverbandes mit der Anfrage an die Streikenden herantret, ob sie zu Verhandlungen geneigt seien, wurde diese Anfrage sofort bejaht. Diese Verhandlungen haben nun am 7. August stattgefunden. Der Vorstand des Fabrikantenverbandes, der die Verhandlung leitete, erklärte, daß eine Lohnhöhung vollständig ausgeschlossen sei. Nach dieser Erklärung wurden die Verhandlungen abgebrochen und wird nun der Kampf weitergeführt.

Die Köpfer in Dessau sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die bisherigen Verhandlungen zwischen Lohnkommission und Arbeitgebern haben noch zu keinem Resultat geführt, was die auswärtigen Kollegen beachten wollen.

Die Fleischergehilfen Hamburgs sind mit ihren Meistern in Differenzen geraten, weil sich die Jammung weigert, die überhandnehmenden Mißstände im Gewerbe abzustellen und weil ein Mitglied des Gesellen-Ausschusses gemahregelt worden ist. Die Gesellen der Jammung haben folgende Forderungen unterbreitet: 1. Einführung einer regelmäßigen Arbeitszeit. 2. Einschränkung der Sonntagsarbeit, vor allem Abschaffung der Schlichtarbeit an Sonn- und Festtagen, sowie strikte Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen für die Sonntagsruhe. 3. Teilnahme der Gesellen an der Kontrolle der Schlaf- und Arbeitsräume. 4. Schutz gegen Maßregelungen der Gesellen-Ausschuss-Mitglieder. Außerdem hat eine Versammlung noch den Wunsch ausgesprochen, dem Gesellen-Ausschuss zur Begründung dieser Forderungen freie Rede in der Jammungsversammlung zu gewähren.

Das Chemnitzer Gewerkschaftsstell hat an den Rat und das Stadtverordneten-Kollegium eine Petition gerichtet, wonach bei Vergabung städtischer Arbeiten die Unternehmer sich verpflichten sollten, in erster Linie in Chemnitz wohnhafte Arbeiter zu beschäftigen und ferner, die Frauenarbeit bei Hoch- und Tiefbauten im Stadtgebiet gänzlich verboten werden solle. Der Bauauschuss schlug dem Rat vor, Bestimmungen im Sinne der Petition zu treffen. Der Stadtrat jedoch gab seine Zustimmung nur insoweit, als es sich um Arbeiten handelte, die in eigener Regie von der Stadt ausgeführt werden, die Stadtverordneten dagegen stellten sich auf den Standpunkt der Petenten und des Bauauschusses und ersuchten den Rat, ihrem Beschlusse beizutreten. Der Rat ist aber bei seinem ersten Beschlusse stehen geblieben.

Die Stuttgarter Bäckergehilfen befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie verlangen einen Minimallohn von 25 M. für Schiefer, 23 M. für zweite und 20 M. für dritte Gehilfen, außerdem Kost und Logis außerhalb des Hauses des Meisters, Berechnung der gesetzlichen Ueberstunden mit je 50 Pf., Angliederung des Arbeitsnachweises an das Städtische Arbeitsamt etc. Von den 429 in Stuttgart beschäftigten Gehilfen haben sich mehr als 300 der Bewegung angeschlossen. Man will noch einmal bei den Meistern vorstellig werden, und wenn diese nicht bewilligen, die Arbeit niederlegen.

Ausland.

Der Ausstand der Sammetweber in St. Etienne (Frankreich) ist beendet; die Ausständigen haben geringe Erfolge zu verzeichnen. Sie hätten mehr erreicht, wenn alle Beteiligten an den ursprünglichen Forderungen festgehalten hätten. Diese Forderungen hatten einen Lohnausgleich zum Ziel. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß einige Fabrikanten außerhalb der Fabrik höhere Löhne zahlten als innerhalb derselben. Die außerhalb der Fabrik gezahlten Löhne wurden nun zur Grundlage für die Gesamtforderungen gemacht, auf welche die Fabrikanten auch eingegangen wären, wenn sich nicht etliche Arbeiter veranlassen ließen, von diesen Forderungen etwas nachzulassen. Um den Streik nicht ganz im Sande verlaufen zu lassen, mußte die Streikkommission auch nachgeben.

Zum amerikanischen Stahlarbeiterstreik wird der „Frankf. Jtg.“ aus New York gemeldet: Der Stahltrust schloß die Hoheisenwerke in Shenango-Thal, vermochte indessen den Betrieb in zwei Stahlanlagen des Clark-Stabillissements aufzunehmen und erlangte neue Arbeiter in Wellsville.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gespensiter in den Taunuswäldern.

Köln, 8. August. (W. G.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Homburg: Hier und in Cronberg treten Gerüchte auf, daß eine Husarenpatrouille auf der Hohenmarck vier „Anarchisten“ festgenommen hätte. Sorgfältige Nachforschungen ergaben, daß ein Husar im Walde auf vier italienische Arbeiter stieß, welche Angaben, Arbeit zu suchen. Sie wurden zur nächsten Patrouille und von dort nach Oberursel geschafft. Die Polizei fand nichts Verdächtiges und brachte sie nach Frankfurt weiter. Die in Oberursel beschäftigten italienischen Arbeiter werden streng überwacht. 19 davon erhielten strenge Weisung, außer der Arbeitszeit sich nicht auf der Straße zu zeigen. Von Anarchistenverhaftungen ist indessen keine Rede. Zur Zeit ist die ganze Gegend vollständig anarchistenfrei.

(Polizei und Militär scheint durch die Tramerstimmung und den Aufenthalt in den Taunuswäldern hochgradig nervös geworden zu sein.)

Grenzperre für Preußengänger.

Köln, 8. Aug. (W. G.) Die katholische „Köln. Volksztg.“ schreibt zu der Meldung, daß Rußland als Erwerbende zu den deutschen Agrarzölle die Grenze für Preußengänger zu sperren beabsichtige: Diese Meldung darf man nicht als blinden Schreckschuh auffassen. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Frage noch immer in der Schwebe und die Zahl der einflussreichen russischen Großgrundbesitzer, welche das Verbot verlangen, wird immer größer. (Was nicht hindert, daß das Centrum mit Volldampf in die Buchergölle treibt!)

Das Wollische Telegraphenbureau sucht jetzt den Horn der Agrarier zu beschwichtigen, indem es zur Abwechslung die folgende Meldung verbreitet:

Memel, 8. August. (W. L. V.) Das „Memeler Dampfboot“ meldet, es sei auf Grund russischer Informationen von behördlicher Seite in der Lage, zu versichern, daß augenblicklich keine Maßregeln wegen Verhütung der Preußengängererei erwoogen werden, noch voraussichtlich zu erwarten sind.

Der neue italienische Finanzminister.

Rom, 8. August. (W. L. V.) Der Deputierte Carcano hat das Finanzportefeuille angenommen.

Breslau, 8. August. (W. L. V.) Die Abendblätter melden aus Bistrowalterdorf: Der Konkurs des hiesigen Vorkursvereins ist in die Wege geleitet, nachdem bei der Spar-Kasse desselben ein Fehlbetrag von 100 000 M. festgestellt worden ist. Der ehemalige Kassierer des Vereins Hoffmann hat sich heute frey erschossen.

Kaiserslautern, 8. August. (W. L. V.) Der Vorsitzende des Vorkursvereins in Landstuhl, Fabrikant Herle, Mitinhaber der Spiritfabrik von Hum u. Herle in Landstuhl, ist, wie die „Pfälzische Presse“ meldet, seit drei Wochen krank; hinter ihm ist ein Steckbrief erlassen worden. Es sind für 200 000 M. Wechselaccepte vorhanden, für die keine Deckung da ist. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte die Bücher; die Firma Hum u. Herle hat ihre Zahlungen eingestellt.

Budapest, 8. August. (W. L. V.) In Leutschau (Komitat Bisp) ist gestern Nacht eine Feuersbrunst ausgebrochen, bei der sieben Menschen ums Leben kamen.

London, 8. August. (W. L. V.) Unterhaus. Der Erste Lord des Schachtes Balfour teilt mit, daß die Regierung die Vorlage betreffend Abänderung der Erklärung des Königs bei seiner Thronbesteigung fallen lasse.

London, 8. August. (W. L. V.) Lord Kitcheener meldet aus Pretoria von heute: Ein zu Steinacker Reitern gehöriger Posten von 25 Mann wurde am Sabbath von Boeren überrumpelt und gefangen genommen.

Cincinnati, 8. August. (W. L. V.) Der Dampfer der White Star-Linie „Oceanic“, welcher heute auf dem Wege nach New York hier ankam, berichtet, er sei im irischen Kanal mit dem kleinen Rüstendampfer „Kincora“ aus Waterford zusammengestoßen. Der Dampfer sei gesunken, 7 Personen seien ertrunken.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Die Listen zu den Stadtverordnetenwahlen werden vom 15. bis 31. August im Feuerwehrgelände, Feuerstr. 63/64, Portal II, 2 Treppen, Zimmer Nr. 16, werktäglich von 9-2 und Sonntags von 11-1 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Ober-Schöneberg. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr tagt im Lokal von John der Arbeiter-Bildungsverein. Vortrag des Genossen P. Hirsch-Charlottenburg über die Stellung der Sozialdemokratie zu den preussischen Landtagswahlen. Bei der Wichtigkeit dieses Themas ist es die Pflicht eines jeden Parteigenossen, in der Versammlung zu erscheinen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Nieder-Schöneberg. Der sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonnabend, den 10. d. M., bei Franz, Grünauerstr. 5, eine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Genossen Lage-Berlin. 2. Wahl des Schriftführers und eines Lokalkommissionsmitgliedes, sowie Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des zentralen Wahlvereins. Der Vorstand.

Spandau. Die Parteigenossen werden hiernächst nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Wahlen zu dem am kommenden Sonntag stattfindenden Dampferpartie der hiesigen Gewerkschaften und der politischen Partei noch in den bekannten Verkehrslokalen sowie kurz vor der Abfahrt an den Dampfseil zu haben sind. Die Partie wird durch die angeordnete Landbestrauer nicht gehindert. Es wird um recht rege Beteiligung gebeten.

Lokales.

Ein verheerendes Krankheitsheer.

Aus dem Elisabeth-Kinderhospital kommt die kennzeichnende Nachricht, daß hier seit etwa einem Jahre zahlreiche Kinder während ihres Aufenthalts in der Anstalt eins nach dem andern von einer häßlichen Krankheit befallen worden sind. Es handelt sich um den Tripper. Die Krankheit ist anscheinend durch ein einzelnes mit dieser Krankheit befallenes Kind eingeschleppt worden und hat sich dann im Laufe der Zeit auf etwa vierzig andere Kinder übertragen. Es war bereits gelungen, die Krankheit und ihre Übertragung für ein paar Monate zum Erlöschen zu bringen, aber sie ist dann plötzlich von neuem ausgebrochen. Gegenwärtig liegen im Elisabeth-Kinderhospital schon wieder 18 Kinder, die erst in der Anstalt die Geschlechtskrankheit bekommen haben.

In den Kreisen der Eltern, die ihre Kinder dem Elisabeth-Kinderhospital anvertraut haben, hat das Bekanntwerden dieser Verhältnisse beängstigend große Bestürzung und Unterstützung hervorgerufen. Es ist mehrfach zu recht erregten Auftritten gekommen, wenn wieder einmal einer zum Besuch erscheinenden Mutter das Befinden gemacht werden mußte, daß nun auch ihr Kind nach der Abheilung der an Geschlechtskrankheiten erkrankten Kinder gebracht worden sei.

Wie war es überhaupt möglich, daß die Krankheit in der Anstalt eine Verbreitung finden konnte? Übertragungen von Krankheiten sind ja in Krankenhäusern leider keine ganz unerhörte Erscheinung, aber in dem vorliegenden Falle muß es sich doch um ganz ungläubliche Zustände in der Anstalt handeln. Die Anstaltsleitung erklärt, hier selber wie vor einem Rätsel zu stehen. Sie verfährt uns, alles mögliche getan zu haben, um eine Weiterverbreitung zu verhindern. Man muß aber die Frage aufwerfen, ob nicht doch notwendig die Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen worden sind. Bei sachverständiger und sorgfältiger Wartung ist eine Übertragung des Trippers, wie uns von ärztlicher Seite versichert wird, zum mindesten in diesem Umfange ausgeschlossen. Es läßt sich nur annehmen, daß in der Aufsicht der Kinder alle Vorsicht und wahrhaftig auch Verständnis fehlt. Die Krankenpflegerinnen in solchen Anstalten wissen in der Regel in religiösen Dingen trefflichen Bescheid, halten es aber aus falscher Scham für notwendig, gerade über die Geschlechtskrankheiten, ihre Übertragung und sonstigen Gefahren in möglichster Unwissenheit zu bleiben. Da es sich im allgemeinen bei den Erkrankungen um Kinder handelt, die sich im zarten Alter befinden, so ist eigentlich nur zu folgern, daß man die von geschlechtskranken Kindern benutzten Bindeln, wenn sie genäht waren, nur trocknete und sie dann andern Kindern wieder unterlegte. Anders ist eine Übertragung der Krankheit kaum möglich. Wenn diese Vermutung zutrifft, so zeugt das gerade von einem sträflichen Leichtsinne. Allem Anschein nach ist auch die Zahl der Pflegerinnen ungenügend, das Wartepersonal der Station der geschlechtskranken Kinder nicht streng vom übrigen getrennt.

Das Elisabeth-Kinderhospital wird aus Mitteln der Wohlthätigkeit erhalten; da liegt es nahe, daß die Anstaltsleitung gezwungen ist, sich nach der Dede zu strecken. Auffällig ist übrigens, daß die Erkrankungen, wie man uns mittelst, vorwiegend in bestimmten Sälen ausbreiten. Sollte die Quelle der Ansteckung etwa unter dem betreffenden Wartepersonal zu suchen sein? Es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß eine der Pflegerinnen, ohne es zu wissen, selber angesteckt worden ist und nun die Krankheit auf die Kinder überträgt. Vielleicht werden die Schwestern einmal auf diese Möglichkeit hin untersucht.

Was zu geschehen hat, um das Elisabeth-Kinderhospital wieder seuchenfrei zu machen, das soll hier nicht erörtert werden. Mit dieser Frage wird sich die Aufsichtsbehörde beschäftigen müssen. Möglicherweise, daß die Anstalt für einige Zeit völlig geschlossen werden muß. Das wäre insofern bedauerlich, als an Krankenhäusern, zumal an Kinder-Krankenhäusern, in Berlin kein Ueberschuß ist. Aber wenn nichts anderes übrig bleibt, so wird auch das mit in den Kauf genommen werden müssen. Vor allen Dingen ist schnelles Eingreifen dringend notwendig, damit die Verantwortung der Eltern, die ihre Kinder dieser Anstalt anvertrauen, aufhört, die Anstalt nicht ein Seuchenherd bleibt, sondern wieder eine Heilanstalt wird.

Die gewissenhafte Geschäftsführung der Apotheker. Eine belächelte und deshalb immer wiederholte Behauptung der hiesigen Apotheker gilt darin, daß für die sorgfältigere Ausführung der Rezepte und die besondere Güte der Arzneistoffe in den Apotheken schon der Umstand bürge, daß nicht nur der Apothekenbesitzer selbst, sondern auch seine Gehilfen wissenschaftlich ausgebildet seien, was bekanntlich in den Droguenhandlungen nicht der Fall sei. Nun hat es den Anschein, daß die Herren Apothekenbesitzer sich in neuester Zeit einer besonderen Ergründung erfreuen können, nämlich wissenschaftlich ausgebildeter Hausdiener. Besonders verwundern würden wir uns darüber um so weniger, als ja erst am vorigen Freitag in der in der Ressource stattgehabten Versammlung die glänzende Bezahlung, welche die Herren ihren Hausdienern zubilligen, ins richtige Licht gerückt wurde und ein Apothekenbesitzer, wenn er Geld ausgiebt, dafür auch etwas verlangen kann. Werden nun, wie in unserem Falle, einem solchen Hausdiener gar über 20 M. Lohn bezahlt, so ist es sicher nicht zu verwundern, wenn ein solcher Mann auch als selbständiger Verkäufer sich bewähren und als solcher in den Morgenstunden fungieren muß. Der gewöhnliche Laienverstand wird ja nun schwer begreifen, warum ein Droguist Mischungen nicht verkaufen darf, die der Hausdiener einer Apotheke anstandslos sofort ausshändigt, wie dies in einer Apotheke des Ostens geschieht. Gehilfen's dem Apothekerverein nach dem Namen, wir sind zu beweisen bereit.

Die englischen Lehrer. In der „Tägl. Rundschau“ war vor einiger Zeit behauptet worden, die Schülerausflüge seien in diesem Jahre bedeutend seltener geworden, weil die Lehrer für etwaige Unfälle der Schulkinder haftbar gemacht zu werden

fürchteten, zumal da ein hiesiges Arbeiterblatt seine Leser aufgefordert habe, bei Unfällen stets gegen den Lehrer vorzugehen. Wir wiesen dem Blatt nach, daß im „Vorwärts“, der hier allein gemeint sein konnte, lediglich aus Anlaß der erzwungenen Beteiligung von Gemeindefunktionären an der Widmarfeier die Eltern auf die Möglichkeit von ernstern Unfällen aufmerksam gemacht und gegebenenfalls ein Vorgehen gegen die Lehrer empfohlen worden war, daß wir aber die Schüler ausflüge dabei nicht mit einem einzigen Worte erwähnt hatten. Jetzt wird in der „Tägl. Rundschau“ in einem Artikel über die Haftpflicht des Lehrers versucht, die Sache so darzustellen, als sei von uns auch bestritten worden, mit Bezug auf die Widmarfeier eine derartige Äußerung gethan zu haben. Wir sind neugierig, welche Lesart den Lesern des Blattes das nächste Mal ausgeht. — Zur Sache selbst möchten wir die pädagogischen Mitarbeiter der „Tägl. Rundsch.“ fragen, ob sie denn nicht wissen, daß die Lehrer viel weniger für denjenigen Schaden, den die Schulkinder auf Ausflügen erleiden könnten, als für denjenigen, den sie in jugendlichem Uebermut anrichten könnten, haftbar gemacht zu werden fürchten. Im übrigen bezweifeln wir überhaupt, daß die Vorfälle der Berliner Lehrer allgemein so groß ist, daß sie aus diesem Grunde in einer nennenswerten Anzahl von Fällen auf Ausflüge mit Schülfern verzichten. Wer das behauptet, der stellt dem pädagogischen Eifer der Berliner Lehrerschaft kein gutes Zeugnis aus. In der „Tägl. Rundschau“ wird allerdings über die Aufwiegelung des Publikums durch den „Vorwärts“ und die Vorfälle der Lehrer des hiesigen Lehrervereins, dem die Sache doch zu allererst angeht, von der angebliehen Aufwiegelung der Berliner Bevölkerung durch den „Vorwärts“ und von dem Gesagten, daß die „Tägl. Rundschau“ darüber verbreitet hat, keinerlei Notiz genommen. Es ist eben für jeden Verständigen von vornherein klar, daß es ein Unterschied ist, ob die Kinder zu einer jener patriotischen Feiern geschleppt werden, wo sie in höchstem Grade Stundenlang im Sonnenbrand anhalten müssen, oder ob man mit ihnen zu ihrer Belehrung und Erholung einen Ausflug macht.

Für den Achtuhr-Ladenschluß. Der Ausschuß der elf Handlungsgehilfen-Vereine, welcher sich zum Zwecke der Agitation für die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses gebildet hat, wird zum Herbst wieder öffentliche Versammlungen veranstalten. Es ist während der Sommermonate eine Petition an den Reichstag ausgearbeitet worden, in welcher um die gesetzliche Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses gebeten wird. Daß in Berlin sich nur wenige Vereine bisher für die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses erklärt haben, wird darauf zurückgeführt, daß die Ausführungsbestimmungen zu dem Ladenschlußgesetz noch nicht erschienen sind und man gar nicht weiß, wie z. B. unter den Geschäftskleuten der Reichshauptstadt eine Zustimmung über die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses zu geschehen hat. Lebhafteste Klage wird in den Kreisen der Handlungsgehilfen noch darüber geführt, daß die Berliner Polizei gegen Uebertretungen des Ladenschlusses der Geschäfte nicht energisch genug vorgeht.

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich gestern früh gegen 1 Uhr im Betriebe der Wanneseebahn. Auf dem Rangierbahnhof Colonnenstraße entgleiste aus bisher unaufgeklärten Ursachen die Lokomotive eines Güterzuges und legte sich quer über die Geleise, so daß sowohl der Personen- als auch der Güterverkehr gesperrt wurden. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden konnte noch nicht festgestellt werden.

Fast verhungert ist in Berlin die 80 Jahre alte Frau Pauline Reumann aus Senftenberg, die hierher gekommen war, um für ihre zahlreiche Familie ein Unterkommen zu suchen. Die Frau fiel ohnmächtig auf der Straße um, nachdem sie wieder zu sich gekommen und vernehmungsfähig geworden war, erzählte sie folgendes: Ihr Mann sei in Senftenberg Grubenarbeiter und verdiene wöchentlich 20 M. Davon würde man leben können, aber es seien 7 Kinder da und deshalb finde die Familie keine Wohnung, weil die Vermieter lieber Kostgänger nehmen. Die Leute wollten sich daher nach einem andern Unterkommen umsehen und wandten sich nach Berlin an das Central-Bureau für den Nachweis ländlicher Arbeiter. Als sie von diesem die Nachricht erhielten, daß sie auf dem Lande vermullich untergebracht werden könnten, fuhr Frau Reumann allein nach Berlin, damit ihr Mann keine Arbeit veräume. Sie war nur mit den notwendigsten Reisemitteln versehen. Im Nachweis-Bureau erhielt sie die Auskunft, daß augenblicklich nur solche Stellen frei seien, auf denen der Mann 60 und die Frau 40 Pf. täglich verdiene. Die Frau schlug dies aus und wartete auf bessere Stellen. Das Reisegehalt zehrte sie auf in der Hoffnung, daß eine Cousine, die in der Wallfadenstraße wohnen sollte, ihr ausbilden werde. Diese Verwandte war aber längst weggezogen und niemand konnte ihre jetzige Wohnung. Zwei Tage fand die Frau Unterkunft im Arbeitsnachweis; für eine dritte Nacht nahm eine Frau, die sie auf der Straße traf, aus Mitleid sie bei sich auf. Dann irrete sie drei Tage lang verständig mittelst unher, bis sie vor Hunger auf der Straße zusammenbrach. Ein Schaufmann fand sie hilflos in der Friedrichstraße liegend und brachte sie in ein Krankenhaus. Dort wurden Mittel zur Rückreise für sie gesammelt.

Von einer Ermordung der Leiche des in der Spree in der Nähe von Hangelberg tot aufgefundenen Berliner Dienstmädchens Martha Grün wird Abstand genommen werden, da infolge des bereits vorgeschrittenen Verwertungsprozesses eine etwaige Feststellung einer gegen die G. verübten Gewaltthat vollständig ausgeschlossen ist. Die hiesige Kriminalpolizei, von welcher mehrere Deuante in den letzten Tagen am Fundorte der Leiche inhaftig waren, hat den Obduktionsbericht geprüft und aus diesem entnommen, daß äußere Spuren eines Gewaltaktes an der G. (Strangulationsmarken, Verletzungen etc.) nicht vorhanden waren; doch erscheint es immerhin auffällig, daß der Tod nicht durch Ertrinken, sondern infolge Erstichung, eine bei Wasserleichen seltene Erscheinung, eingetreten ist. — Die fortgesetzten Recherchen haben bisher keine Aufklärung darüber gebracht, ob Mord oder Selbstmord vorliegt. Zu letzterem war allerdings keine Veranlassung, so weit bekannt, vorhanden, und die Tochter der Dienstmagdenschaft der G., die mit ihr befreundet war, ist noch kurz vor dem Tode der G. mit dieser zusammengekommen, ohne etwas Auffälliges an dem Mädchen zu bemerken. Auch die Vernehmung der in Frage kommenden Zeugen hat keine Aufklärung gegeben und so wird es wohl vom Zufall abhängen, ob es gelingen wird, vollständige Klarheit über die räthselhafte Affaire zu schaffen.

Ein flüchtiger Staatsanwalt. Der Staatsanwalt a. D. Adolf Lafer ist vor einigen Tagen aus seiner Wohnung, Charlottenburg, Uhländstr. 181/82, unter Umständen verschwunden, welche, nach Mahngabe verschiedener Blätter, darauf schließen lassen, daß er Schulden halber das Weite gesucht hat. Die Schulden Lafers, welcher Direktor der Motorfahrzeug- und Maschinenfabrik Berlin, Aktien-Gesellschaft Mariensfelde war, belaufen sich auf rund eine Viertelmillion Mark, von welcher ungefähr die Hälfte aus Differenzen resultiert.

Ein Bau-Unfall, der wieder zeigt, mit welcher Reichthümlichkeit von den verantwortlichen Personen die einfachsten Schutzvorrichtungen außer acht gelassen werden, ereignete sich am Mittwochmittag auf dem Bau in der Weimarerstraße in Charlottenburg. Auf dem Bau erhielt der Lehrling vom Polier den Auftrag, eine Arbeit auf dem in der vierten Etage befindlichen Ballon zu verrichten. Kaum hatte der Lehrling den Ballon betreten, als er mit der Dede durchbrach und im Fallen die übrigen Etagen bis zum Erdgeschoß durchschlug. Unten blieb er bewusstlos in einem Schutthaufen liegen und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Welchen Schaden der Verunglückte sich zugefügt hat, konnten wir nicht ermitteln.

Von sachmännlicher Seite wird uns hierzu geschrieben, daß man es unbegreiflich findet, wie der Lehrling mit dem erwähnten Auftrag betraut werden konnte. Die Cementbetondecke des Ballons war noch nicht lange fertiggestellt und hätte somit jede Festigkeit ein. Ein solches Mauerwerk muß mindestens acht Tage stehen, ehe es betreten werden darf. Geschieht es dennoch, dann darf die Verschulung, wie es hier geschehen ist, nicht erseht werden, und so war der Unfall überhaupt möglich. Es hat also grobe Nachlässigkeit hier ein Menschenleben in Gefahr gebracht.

Ein Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Lastwagen fand vorgestern nachmittag in der Berlinerstraße in Charlottenburg statt. Ein Motorwagen der Linie Kupfergraben-Westend fuhr auf den die Geleise kreuzenden Lastwagen mit solcher Gewalt, daß das Privatfahrzeug zur Seite geworfen und ihm die Hinterachse demoliert wurde. Von dem Straßenbahnwagen ist die Vorder-Plattform zerteilt worden. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Die Eifersucht trieb den Bäcker Franz Danielowski dazu, Selbstmord zu begehen. D. wohnte früher in Schloßstraße, nachdem seine Wittin, die 13 Jahre älter ist als er, 2 1/2 Jahre lang Witwe gewesen war, heiratete er sie vor 1 1/2 Jahren. Aber die kinderlose Ehe war nicht glücklich. Als der Ehemann schließlich erfuhr, daß seine Frau mit einem Schlafburken, der bei den Leuten wohnte, ausging, verließ er sie vor vier Wochen und zog von der Colmarerstraße 6 nach der Strahburgerstraße. Am vergangen Sonntag ging Frau D. wieder mit dem Schlafburken aus. Als ihr Mann davon Kenntnis erhielt, ging er vorgestern nachmittag um 5 1/2 nach ihrer Wohnung, erhielt aber auf sein Klingeln keine Antwort. Er glaubte nun, daß man ihm nicht öffnen wolle, während in Wirklichkeit seine Frau in einer Fabrik in der Alten Jakobstraße bei der Arbeit war. Nachdem er laut gedroht hatte, daß er sich vergiften werde, wenn man ihm nicht aufmache, nahm er in der That Sublimat. Bei Verwandten, zu denen man ihn brachte, starb er schon nach einer Stunde.

Am Vierterstag vom Tode ereilt wurde am Mittwochnachmittag um 6 Uhr der 55 Jahre alte Arbeiter August Niegel aus der Weimarerstr. 49. In der Wirtschaft seines Nachbarn, des Gastwirts Meiß in der Weimarerstr. 48, brach er plötzlich zusammen und starb auf der Stelle, wahrscheinlich am Herzschlag.

Eine Nervenkrankheit, an der sie seit drei Jahren litt, hat die 60 Jahre alte Frau des Strohhut-Fabrikanten Marcus aus der Alexanderstr. 35 in den Tod getrieben. Während ihr Mann, mit dem sie in kinderloser Ehe lebte, im Geschäft war, ließ sie in der Wohnung die Rolläden der Fenster an der Straße herab und erhängte sich mit einer Gardinenschleife am Fensterbrett. Als Marcus zum Mittagessen nach Hause kam, fand er seine Frau tot vor.

Weil er keinen Scheidungsgrund finden konnte, schoß sich, wie wir mitteilen, der 30 Jahre alte Monteur Otto Vonting in der Wohnung seiner Wirtschaftlerin, die er zu heiraten beabsichtigt hatte, eine Kugel in die rechte Schläfe. Die Verletzung schien zunächst nicht lebensgefährlich zu sein, jetzt ist ihr Vonting aber dennoch erlegen.

Unfälle im Straßenverkehr. In der Brandenburgstraße wurde der 9 Jahre alte Sohn des Händlers Kuniewiez infolge eigener Unachtsamkeit durch einen Geschäftswagen überfahren. Er erlitt einen Bruch des linken Unterarms. — In der Alexanderstraße fuhr der Kutscher einer Tagometerdroshke mit solcher Festigkeit gegen einen ihm entgegenkommenden Arbeitswagen, daß die Vorderachse der Droshke mit den Rädern abprang. Der Droshkenkutscher stürzte auf das Pflaster und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen. — An der Ecke der Friedrich- und Pankamerstraße war ein Pferd auf dem regelmäßig Pflaster gestürzt und hatte dabei den Sattelbaum zerbrochen. Dadurch, daß ihm die Ställe des Leibes gegen den Leib schlugen, wurde das Pferd schwer, ging durch und rannte so heftig gegen eine andre Droshke, daß der Wagen umstürzte. Der Kutscher rittet kam unter den Wagenkasten zu liegen und erlitt mehrfache äußere und innere Verletzungen.

Die Central-Krankenkasse der Tischler teilt uns mit, daß das zum 25jährigen Bestehen der Kasse arrangierte Sommerfest der Landbestrauer wegen in den Lokalen „Schweizergarten“ und „Neue Welt“ nicht, wie beabsichtigt, am 10. August stattfindet, sondern in der „Neuen Welt“ am 17. August und im „Schweizergarten“ am 31. August. Siehe heutiges Inserat. Der Ueberschuß dieser Feste wird für die Invaliden und kranken Mitglieder der Kasse verwendet.

Genererität. Ein großer Dachstuhlbrand wüthete Mittwochnachmittag in der Prenzlauer Allee 12. Als das Feuer vom Nebenhaus aus bemerkte wurde, schlugen bereits die Flammen durch das Dach des Seitenflügels und verbreiteten sich mit solcher Schnelligkeit, daß bei Ankunft der Wehr auch das Vorderhaus bereits in Mitleidenschaft gezogen war. Obgleich dann Dampfspritzen mit vier Schlauchleitungen in Thätigkeit traten, wurde doch der Dachstuhl des Seitenflügels und Vorderhauses zerstört. Viel Hausrat der Mieter ist vernichtet, auch haben zwei Wohnungen der vierten Etage so stark gebrannt, daß sie teilweise geräumt werden müssen, da die Deden eingestürzt sind. Es wird Brandstiftung vermutet. — Vorher erfolgte eine Explosion in der Chemischen Fabrik von Hartwig Lewin eine kleine Explosion, die zwar unter dem zahlreichen Fabrikpersonal große Aufregung hervorrief, aber Personenverletzungen nicht im Gefolge hatte. — Auf dem Schlesischen Güterbahnhof war ein Preßklofenbrand zu bemerken. Aus unbedeutenden Anlässen erfolgten außerdem noch Alarme nach Weststraße 16, Zwinmünderstr. 88 und Friedenstr. 64. — Am Donnerstag gegen Abend wurde die gesamte zweite und fünfte Westcompagnie nach der Stralauer Brücke gerufen. Ein altes zweistöckiges massives Hintergebäude, das zwischen Stadtbahn und Schilderstraße liegt und Fundamente von Centner Segras, Roffhaar, Hede und dergleichen Koffermaterial enthält, fand in Flammen. Das Feuer war in einer Abteilung des zweiten Stocks, in welchem die elektrischen Arbeitsmaschinen aufgestellt sind, jedenfalls durch Kurzschluß entzündet. Die noch amwesenden Arbeiter stürzten bei Ausbruch des Feuers in wilder Hast die Treppen hinab und brachten zunächst zwei Pferde, die in einem Anbau standen, in Sicherheit. Innerhalb einer halben Stunde gelang es, das Feuer zu lokalisieren und die Materialvorräte, die auch bereits von den Flammen ergriffen waren, zu retten. Immerhin ist der verursachte Schaden erheblich.

Aus den Nachbarorten.

Eine granenvolle Ehestands-Tragödie, die mit Mord und Selbstmord endete, wird aus dem bei Potsdam gelegenen Dorfe Michelsdorf nachträglich gemeldet. Der in guten Verhältnissen lebende Kaufmann und Zigarrenmeister Rudolf Regel hatte vor kurzer Zeit eine Witwe geheiratet, die einen neunjährigen Sohn in die Ehe brachte. Die Gatten lebten in bestem Einvernehmen, bis vor kurzem bei dem etwa 37jährigen Manne sich eine Art Geisteschwäche zeigte. Die Frau veranlaßte nun den Gatten, daß ein Testament zu machen, und am Montagvormittag begab sich das R. fche Ehepaar zu dem Lehrer des Dorfes, um sich von demselben einen Testaments-Entwurf aufsetzen zu lassen. Am Abend desselben Tages begab sich R. zu dem Bruder seiner Frau, der gleichfalls in Michelsdorf wohnte, und ihm folgte seine Frau gegen 8 Uhr nach. Sie suchte den auf einer Bank im Hofe sitzenden Mann auf und die Gatten plauderten anscheinend friedlich mit einander. Plötzlich gegen 1 1/2 kam Frau R. blutüberströmt auf die Straße gestürzt und brach mit den Worten: „Mein Mann“... zusammen. Der Anglücklichen war das linke Auge ausgestochen, außerdem hatte sie einen Messerschnitt in das Herz und einen

folchen in den Magen erhalten. Der Tod trat innerhalb weniger Minuten ein. Man suchte nun den Täter und fand Kegele, der seine eigne Frau ermordet, auf dem oberen Bodenraum, woselbst er sich eingeregelt hatte. Die Thüre wurde erbrochen und man erblickte den Mörder ruhig dastehend, während das Blut aus einer tiefen Halswunde herporquoll. Der Thäter hatte sich den Hals durchgeschnitten. Mittels Fäden erbat sich der schwerverletzte Mörder Schreibzeug und schrieb folgendes nieder:

„Meine Frau hält mich für verrückt, steckt mit meinen Feinden unter der Decke. Habe heute Testament wider meinen Willen machen müssen. Setze daselbe hiermit um. Meine Ackerwänter erben die Hälfte des Anwesens, das übrige Fritz.“

Fritz ist der Sohn der ermordeten Gattin, welchen sie dem K. in die Ehe gebracht hatte. Dann legte sich der Mörder, nachdem er die Vollstreckung des Testaments dem Ortsvorsteher dringend empfohlen, auf eine Schütze Stroch und verstarb bald darauf. Die sofort benachrichtigte Staatsanwaltschaft verfügte die Beschlagnehmung beider Leichen.

Heber zunehmende Unsicherheit wird aus der Gegend der Döberbrücke — Charlottenburgerstraße, Kauer- und Helmholzstraße — zu Charlottenburg gemeldet. Am Mittwochabend kam es hier zu bedenklichen Ausschreitungen. Um 11 Uhr kamen zwei Kerle in die Schankwirtschaft von Köchly in der Kauerstraße 19 und forderten mit großer Freiheit Getränke. Da man sie schon kannte, so wurde ihnen die Thüre geöffnet. Vorläufiger halber schloß der Wirt auch gleich das Geschäft und ließ die Kollvorhänge herunter. Vor Zutritt zum Lokal wurde nun am Kellertisch die Ladenschleibe des Cigarrenhändlers Siegfried Meißner, eine Scheibe im Werte von 400 M. Von den zahlreichen Menschen, die sich das Festmahl ansetzen wollten, wagte keiner gegen die Banditen eine Hand zu rühren, und niemand vertrat ihnen den Weg, als sie über die Brücke nach der Helmholzstraße zu davongingen. Nach einiger Zeit hörte man Hilferufe. Eine Schutzmannspatrouille, die nur gerade des Weges kam, fand dieselben Stroche, die vorher die Scheiben zertrümmert hatten, dabei, wie sie einen am Boden liegenden alten Mann mißhandelten. Die Kerle ließen jetzt davon, wurden aber von den Beamten eingeholt, festgenommen und gefesselt nach der Wache gebracht. Hier stellte man sie fest als die 26 und 27 Jahre alten „Arbeiter“ Otto Lobbes aus der Krummstraße 57 und Ferdinand Stripling aus der Kanalstraße 12.

Ihr Kind verlassen. Von dem Amtsvorsteher in Hohen-Schönhausen wird mittels öffentlicher Bekanntmachung das Dienstmädchen Emma Niehle gesucht, die ihr vier Wochen altes Kind heimlich verlassen hat. Ihr jetziger Aufenthaltsort ist unbekannt. Die Behörden sind ersucht worden, nach der Mutter Ermittlungen anzustellen. Das verlassene Kind ist zunächst auf Kosten der Gemeinde untergebracht worden.

Schöneberg. Einem langgehegten Bedürfnis entsprechend, hat endlich der hiesige Magistrat dem Stadtverordnetenkollegium eine Vorlage zugehen lassen, welche die Aufstellung einer Wohnungsstatistik für unsere Stadt zum Gegenstande hat. Diese Statistik soll alljährlich zweimal, und zwar im Mai und im November, aufgenommen werden. Sie wird sich im November auf die Kern- und Umbauten erstrecken und im Mai nur die Zahl und die Größe der freistehenden Wohnungen feststellen.

Das Reue aus den Spandauer „Musterwerkstätten“. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß in der Gewehr- und Maschinenfabrik der allseitig von den Arbeitern geforderten und erwarteten Lohnsteigerung plötzlich eine Herabsetzung der Accordlöhne erfolgt war und der Arbeiterauschuss im Verlauf der Protestbewegung gegen diese ganz unmotivierte Lohnsenkung vom Amte zurücktrat, dann aber einhellig wiedergewählt wurde. Jetzt wird uns hierüber noch folgendes geschrieben:

Der wiedergewählte Arbeiterauschuss hat selbstredend sofort nach seiner Wiederwahl den ursprünglich abgelehnten Antrag auf Minderung der Lohnsenkungen bei der Direktion der Gewehr- und Maschinenfabrik eingeleitet. Es hat auf Grund dessen am 28. Juli er. vormittags 11 Uhr, unter Vorsitz des Herrn Oberleutnants Klum im Bureau des Betriebsinspektors Klose eine Verhandlung stattgefunden, in welcher dem Arbeiterauschuss erklärt wurde, daß die letztgenannte Direktion nicht in der Lage wäre, den Abzug rückgängig zu machen. Der Arbeiterauschuss sollte seine Wähler dahin belehren, daß eine Lohnregulierung seitens der Fabrikverwaltung im Gange wäre. Hieraus bemerkte der Arbeiterauschuss, daß die Lohnregulierung noch lange auf sich warten lassen könnte, die Arbeiterchaft aber des langen Wartens müde sei und ungeduldig würde; darauf erwiderte der Betriebsinspektor Klose, wer nicht zu befehlen ist, den soll man ihm weiden, er würde schon mit ihm fertig werden! Wühn verlangt dieser Herr, der ja weiteren Kreisen der Arbeiterchaft über Spandaus Grenzen hinaus bekannt ist, daß der Ausschuss seine Wähler denunzieren solle!

Außerdem jagte der freundliche Mann im Anschluß hieran: „Wenn Sie heute 7 oder 10 M. täglich verdienen, so steigern Sie sich auch Ihre Bedürfnisse, denn wenn Sie mehr verdienen, so kommt der Hauswirt und steigert die Miete, der Schuster will mehr haben und so kommt jeder und holt Ihnen das Geld aus der Tasche, so daß Sie von dem hohen Verdienst doch keinen Vorteil haben.“ Der sorgfältige Inspektor sieht also sehr wohl ein, daß der Arbeiter heute allgemein Gegenstand der Ausbeutung ist, er leidet aber ein Mittelmittel und das ist: keine höheren Löhne fordern, mit andern Worten die absolute Bedürfnislosigkeit! Derselbe Herr glaubte die Arbeiter auch dadurch von weiteren energischen Forderungen zurückzuführen zu müssen, indem er äußerte: Wenn die Mordgelei nicht aufhört, dann werden in Spandau überhaupt keine Gewehre mehr gemacht, sondern in Oberndorf Wauferische Fabrik, wo sie sich in ein Drittel billiger stellen. Soweit die Zuschrift. Wir glauben ja nicht, daß Herr Klose zu einer solchen Drohung autorisiert war. Von den Spandauer Arbeitern wird allgemein die erheblich schlechtere Lage der Gewehrarbeiter im Vergleich mit denjenigen von Arbeitern anderer Institute dem ungewöhnlich großen Einfluß zugeschrieben, den gerade Herr Klose in der Gewehr- und Maschinenfabrik auszuüben vermag, ein Einfluß, der kann noch verständlich erscheint, wenn man die Verhältnisse in anderen Spandauer Staatsbetrieben in Betracht zieht, wo sich die Direktoren in der Regel persönlich über die Begründung der vorgebrachten Beschwerden der Arbeiter zu informieren suchen und wo es den Arbeitern bei weitem nicht so erschwert ist, einmal persönlich mit dem Direktor, dem höchsten Beamten jedes Instituts, in Lohnangelegenheiten zu sprechen. Herr Klose, gegen den im Reichstage bereits eine ganze Reihe von Beschwerden der Arbeiter vorgebracht wurden, scheint in der Gewehr- und Maschinenfabrik einen fast unbegrenzten Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter auszuüben.

Gerichts-Zeitung.

Der Spandauer Stadtverordneten-Vorsteher als Reservehauptmann vor Gericht. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde am Mittwoch eine Privatklage verhandelt, in welcher der Privatkläger Stadtverordneter-Vorsteher und Kohlenhändler Sturm in voller Uniform erschien. Die Privatklage richtete sich gegen einen Konkurrenten des Herrn Sturm, den Kohlenhändler und Stadtverordneten Adler und lag derselben folgendes zu Grunde: Am 20. Mai äußerte der Beklagte im Vorhinein Restaurant, der Privatkläger habe bei Lieferung von Kohlen für die Stadt falsch gewogen, indem unter die Gewichtsschale der Waage ein Gewicht gestellt wurde; das sei die reine Verleumdung gegen die Stadt; 15 Centner hätten nachgeliefert werden müssen; er werde demselben das Handwerk aber schon legen! Der Beklagte behauptet, seine Äußerungen bezogen sich nicht auf die Person des Privatklägers, sondern auf dessen mangelhaft besichtigtes Geschäftspersonal. Was er in dem Restaurant geäußert, sei ihm von dem

von der Stadt angestellten Kohlenabwieger Bremer selber mitgeteilt. Der als Zeuge vernommene Bremer, ein 75jähriger, noch rüstiger Mann, bestätigt, daß am 7. Mai er beim Abwiegen der Kohlen ein Gewicht unter der Gewichtsschale gefunden und daß infolgedessen 15 Centner Kohlen an dem Gewicht gefehlt haben, die aber, sobald er den Vorfall entdeckt, sofort nachgeliefert wurden. Ihm sei es vorgekommen, als sei das Gewicht absichtlich von einem bei dem Privatkläger Beschäftigten unter die Gewichtsschale gestellt. Ein Lehrling und der Platzmeister behaupten, daß das Gewicht ganz unabsichtlich unter die Schale geraten sei. Der Platzmeister behauptet unter seinem Eide, daß er sogar den Bremer und den Lehrling darauf aufmerksam gemacht. Dies bestritt der Bremer unter seinem Eide und behauptet, er wäre mit dem Lehrling allein gewesen. Auf weiteres Befragen erklärt Bremer noch, daß vor einigen Jahren bereits einmal eine Differenz von 100 Centner Kohlen vorhanden war. Während nach seinen Notizen noch 100 Centner an dem Gewicht fehlten, habe der Privatkläger behauptet, sie fehlen nicht. Erst nachdem er die Sache dem Verwaltungsbevollmächtigten Lunde gemeldet und dieser mit dem Privatkläger persönlich gesprochen, seien die 100 Centner nachgeliefert. Auch habe er vor einiger Zeit den Arbeitern, welche Kohlen aufluden, gesagt, sie sollen nicht so viel Grass aufladen. Diese haben ihm erwidert, er solle sich dann nur an den Chef (den Privatkläger) wenden, denn dieser habe befohlen, die Kohlen so aufzuladen, wie sie da sind. (Die Grassgeschäfte war bekanntlich schon vor einiger Zeit in der Stadtverordneten-Versammlung Gegenstand einer Besprechung.) Das Gericht kommt durch die weitere Weisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß eine Restauration kein geeigneter Ort sei, wo solche Sachen besprochen werden. Der Beklagte hätte in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter die Sache in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache bringen sollen; dem Zeugnis des Bremer schenkte das Gericht keinen Glauben, weil er sich bei seinem hohen Alter leicht irren könne, dagegen wurde dem Zeugnis des Lehrlings und des Platzmeisters des Privatklägers Glauben geschenkt. Bei der Strafmaßbestimmung wurde berücksichtigt, daß sich hier zwei Konkurrenten gegenüberstanden, von dem besondern Stand des Privatklägers (wohl als Hauptmann der Reserve?) sei abzusehen. Der Beklagte wurde zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, auch wurde dem Verleumdung die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Ein alter Justizhändler stand gestern in der Person des 17 mal vorbestraften „Arbeiters“ Robert Jonath vor der zweiten Ferienstrafkammer am Landgericht II. Der Angeklagte wurde am 17. Februar d. J. aus dem Justizhaus in Rawitsch entlassen. Im April wurde er wieder wegen Diebstahls, Wettens und Führung falschen Namens eingesperrt. Vor dem Untersuchungsrichter hat er bald nach seiner Entlassung auf die Frage, warum er sich bei seiner Verhaftung den falschen Namen „Vener“ zugelegt habe, geantwortet: „Wäre ich nur wegen Diebstahls eingesperrt worden, dann hätte ich es nicht gethan, aber wegen Wettens habe ich das Arbeitshaus zu erwarten und dahin will ich nicht, lieber gehe ich ins Justizhaus.“ In der heutigen Verhandlung erwiderte er auf jede Frage des Vorsitzenden: „Ich weiß nicht!“ Nur soviel war aus ihm herauszubringen, daß er im Gefängnis von einem Mitgefangenen mit einem Schusterhammer einen Schlag auf den Kopf bekommen hatte. Wann und wo wußte er nicht, auf diese Fragen erwiderte er: „Ich weiß nicht, ich war lange tot.“ Der zugezogene stellvertretende Gefängnisarzt Dr. Albrecht, der den auf der Lazarethstation des Untersuchungs-Gefängnisses untergebrachten Angeklagten beobachtet hat, vermochte ein abschließendes Urteil über den Geisteszustand desselben noch nicht abzugeben, doch nahm er an, daß in Wirklichkeit eine geistige Störung vorliege. Er habe den Angeklagten an einer schweren Kopfverletzung behandelt und ihm aus der oberen Schädeldecke vier losgerungene Knochen splitter herausgenommen. Er nahm an, daß sich auch von der Innenseite Knochen splitter losgelöst haben, welche in das Gehirn eingedrungen sind und dessen Thätigkeit beeinträchtigen. Er beantragte daher eine sechsmonatliche Beobachtung in einer Irrenanstalt und zwar der Charité, damit dort, falls keine Annahme Bestätigung finde, die Schädeldecke geöffnet und die Knochen splitter aus dem Gehirn entfernt werden könnten, da sonst das Leben des Angeklagten gefährdet sei. Der Gerichtshof erhob den Antrag des medizinischen Sachverständigen zum Beschluß und vertagte die Verhandlung.

Unter dem schweren Verdachte, seinen Freund und Arbeitskollegen im den Betrag von 1350 M. bestohlen zu haben, stand gestern der Maurer Paul Sammler vor der neunten Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Der Maurer P. hatte bei Eingehung seiner Ehe ein Kind mit übernommen und dafür von dessen Vater eine Entschädigungssumme von 1500 M. erhalten. Der Angeklagte hatte freundschaftlich mit den Pächern Eheleuten verkehrt und gelegentlich eines Besuchs in deren Wohnung bemerkt, daß dieselben eine größere Summe in der Kommode aufbewahrten. Die Pächern Eheleute hatten sich von dem Gelde nicht trennen können, sondern vorgezogen, es zinslos liegen zu lassen. Am 21. Juni entdeckte Frau P., daß das Geld verschwunden war. Hausbewohner erzählten ihr, daß der Mann, der die Pächern Eheleute häufig besucht habe, auch am verfloffenen Sonntagnachmittag, als niemand zu Hause war, dort gewesen sei. Der Dieb hatte die Wohnungstür mittels Nachschlüssel geöffnet und wieder geschlossen. Die Kommode war nicht verschlossen gewesen. Für die Thäterschaft des Angeklagten sprach auch der Umstand, daß dieser begonnen hatte, ein flottendes Leben zu führen, wobei besonders das weibliche Element eine teilnehmende Rolle spielte. Der Angeklagte behauptete, daß man ihn zu Unrecht bezichtigt, und trat im Termin mit der neuen Erklärung hervor, daß er im fraglichen Sonntagnachmittag seine Wohnung nicht verlassen habe. Das Gericht konnte diesen Entlastungsbeweis nicht ablehnen, sondern beschloß die Ladung der Zeugen zu einem neuen Termin.

Ein Gaunerstreich führte gestern den Hausdiener Karl Thomas und den Schlichtergerichten Bernhard Beder vor die sechste Strafammer des Landgerichts I. Als die beiden Angeklagten sich am Nachmittag des 15. Juni beschäftigungslos am Schlessischen Thor umhertrieben, fiel dem Thomas eine Persönlichkeit auf, die seinen den Vorzug verlassen hatte. Es war der Maler Hirtbe, der seinen Beruf dadurch verriet, daß er einen Kasten mit Farbdentöpfen trug. Thomas drängte sich an ihn heran und lud ihn zu einem Glase Bier ein. Hirtbe war unvorsichtig genug, der Einladung des ihm Unbekannten Folge zu leisten. Als das Paar später wieder die Straße betrat, wurde Thomas gegen Hirtbe lebendwärtig, er umarmte ihn wiederholt und zog ihm dabei 150 M. aus der Billetofsche hervor. Hirtbe hatte den Diebstahl bemerkt, er schlug Hirtbe. Am 1. Mai Beder an die streitende Gruppe heran und fragte, eine Amtsmann annehmend: „Was ist hier los? Ich bin Kriminalbeamter!“ Hirtbe schilderte das Vorkommnis und eruchte den angeklagten Beamten, den Dieb zu verhaften. Am suchte Beder eine Weile in seinen Taschen, um dann zu erklären, daß er seine Ausweismarke verlegen habe und deshalb eine Verhaftung nicht vornehmen könne. Während dieser Zeit war Thomas davongelaufen. Das Gericht hielt nicht für erwiesen, daß die beiden Angeklagten den Diebstahl gemeinsam ausgeführt hätten, Beder wurde deshalb nur wegen Beihilfung einer antilichen Eigenschaft zu 3 Wochen Haft verurteilt. Thomas dagegen, der außerdem seinem früheren Prinzipal eine Hängematte gestohlen hatte, wurde mit einem Jahre Gefängnis belegt.

Eine böse Ausschreitung im Gerichtssaale beging der Arbeiter Richard Reiche, der gestern diesfalls vor der neunten Ferienstrafkammer des Landgerichts I stand. Am 22. April hatte Reiche sich vor dem Schöffengericht wegen Körperverletzung zu verantworten. Er wurde für überführt erachtet und zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Höhe der Strafe ordnete der Vorsitzende die sofortige Verhaftung des Reiche an, worauf dieser in höchster Erregung zum Richterliche gewendet andrieß: „So etwas giebt es nicht, ich habe eine feste Wohnung, Ihr V. . . jungen!“ In weiteren Ausschreitungen kam es nicht, denn die Gerichtsdienner führten den Angeklagten, der sich nicht zur Wehr setzte, ab. Im gestrigen Termin wies der letztere darauf hin, daß

er damals zu Unrecht verurteilt worden sei, denn in der zweiten Instanz sei er freigesprochen worden, weil er sich im Zustande der Nothwehr befunden habe. Im Gefühl seiner Unschuld mußte er aber seine Verurteilung und Verhaftung wohl erregt werden. Das zuletzt ausgesprochene Schimpfwort habe übrigens nicht dem Gericht, sondern den beiden Zeugen gegolten, an denen er vorübergehen mußte. Der Gerichtshof kam auf Grund der Weisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß die Schimpfworte sich auf das Gericht beziehen sollten. Bei der Schwere der Beleidigung sei über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß von einem Monat Gefängnis hinausgegangen und auf zwei Monate Gefängnis erkannt worden.

Ein gewerbmäßiger Paletotmarber stand gestern in der Person des 30jährigen Kaufmanns Kurt Höflich vor der vierten Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Der bereits vielfach vorbestrafte Angeklagte hat im Monat Mai sämtliche größere Lokale Berlins unsicher gemacht. Er war geständig, in mehr als zwanzig Fällen Paletot-Diebstähle begangen zu haben. In einem dieser Kleidungsstücke fand der Angeklagte einen Fauschstein über einen verletzten Brillantring. Den Stein hat er für 5 M. verkauft. Fand der Dieb in den Ueberziehern Papiere, die nur für den Eigentümer Wert hatten, so war er großmütig genug, denselben die Papiere durch die Post wieder zuzustellen.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Jugendhaus, dreijährigem Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Aus der Frauenbewegung.

Kinderarbeit als Erwerbsarbeit gehört zu jenen, aus früheren Zeiten überkommenen Mißbräuchen, welche längst zur Abschaffung reif sind. Freilich gelten Maßregeln gegen solche alte Unsitte, seit Generationen aufs engste mit rücksichtlosen Ansehungen verknüpft, bei der großen Zahl derer, welchen jede Keuerung ein Brenel ist, als unberechtigt, ja geradezu als unmoralisch. Doch jene, welche Vorteil aus den Mißbräuchen ziehen, der Keuerung widerstreben, ist ohnehin selbstverständlich. So läßt es sich erklären, daß zunächst statt der Abschaffung nur eine gesetzliche Regelung der gewerblichen Kinderarbeit im Werke ist. Wohlgerneht: der gewerblichen; denn auch hier giebt es für die Landwirtschaft die gewohnte Begünstigung. Die schrankenlose Ausbeutung kindlicher Geistes- und Körperkräfte bleibt ihr vorbehalten. Wessen Meinung dahin geht, daß Lernen für Arbeiterkinder überhaupt vom Uebel sei, weil es sie unzufrieden mit dem Jued macht, zu dem Gott sie auf das Land gesetzt hat, dessen rücksichtloser Willkür ist die Kinderarbeit auf dem Lande, welche der Schule so erfolgreich entgegenwirkt, jedenfalls sicher.

Die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit, wie sie der Entwurf vorsieht, bleibt aber leider ein gutes Stück hinter den berechtigten Erwartungen zurück. Zu billigen ist zunächst der Ausschluß einer bedeutenden Zahl von Betrieben wegen ihrer Gesundheitsgefährlichkeit für Kinder; darunter Bauteil, Ziegeleien, Glashäufereien, Arbeit in Steinbrüchen und bei Steinmetzen, Werkstätten für Griffel und Schleifen, Wäandereien, und andre Zindwaren, Abbedereien, Gerbereien, Buchdruckerien, bei Kupferstichmedien, Gürtlern, Bronzearbeit, Anstreichern usw. usw. In den erlaubten Betrieben soll die Beschäftigung nicht vor zurißgelegtem 12. Jahre beginnen und nicht über 4 Stunden täglich dauern. Ausnahmeweise können 2½ gestattet werden, wenn Schule und eventuell Konfirmandunterricht nicht mehr als drei Stunden in Anspruch nehmen. Das giebt einen Normalarbeitstag von neun Stunden, unzurechnet die Schulaufgaben, deren Aufertigung wohl als Erholung gelten soll. Uebrigens erscheint die Annahme doch befremdend, daß es bei uns Schulen mit zweistündigem Unterricht für Kinder von 12—14 Jahren geben sollte.

Eine Ausnahme bilden Laufburschen und Laufmädchen, welche auch in den sonst verbotenen Gewerben angestellt werden dürfen, und deren Dienst schon mit zurißgelegtem 10. Jahre beginnen darf. Wenn die Arbeit als so leicht angesehen wird, daß auch kleinere Kinder sie ohne weiteres verrichten können, so muß man billig darüber erstaunen, daß erste Erwägungen stattgefunden haben über die Schädlichkeit der Ruppe am Arm oder des Ringens auf dem Rücken der Schullinder. Die Schwere der Wälder, die einseitige Belastung durch Schultaschen fanden eingehende Prüfung — vielleicht nur für Schülerinnen der „besseren“ Stände? Was kann der Weg zur Säule bedeuten gegenüber der Arbeit des Warenaustragens während 4 Stunden täglich?

Sehr bemerkenswert ist die Regelung der Arbeit eigener Kinder. Daß dieser Eingriff in die Häuslichkeit viel Schwierigkeiten bietet, soll nicht bestritten werden; freilich ist es nicht der erste, der im Interesse der Kinder selbst ausgeführt werden muß. In der Hausindustrie soll das 10. Jahr die Grenze bilden und schulpflichtige Kinder von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends beschäftigt werden dürfen. Bedeutet die Zeitbestimmung auch, daß in den Ferien die Arbeit innerhalb dieser 12 Stunden nach Belieben dauern kann?

Für Schankwirtschaften und einige andere Beschäftigungen sind noch einige Spezialverordnungen vorgezogen. Dieser kurze Auszug läßt gleichwohl erkennen, daß diese Regelung noch weit zurückbleibt hinter der Mindestforderung, die gestellt werden müßte, auch abgesehen von dem Schlußsatz, welcher noch eine Frist von 5 Jahren aufstellt, um die Vorbereitungen für den neuen Zustand zu treffen.

Jede kindliche Lohnarbeit ist moralisch verwerflich und volkswirtschaftlich schädlich. Als einzige Entschädigung gilt die Notlage der Eltern, die Wichtigkeit, welche in ihrer elenden Lage die paar Pfennige für sie haben, welche den Verdienst der Kinder bilden. In einer sozialer gesimten Zeit wird es den Menschen die Schamröthe in die Wangen treiben, daß Familien nur durch die Mitarbeit der 10-jährigen Kinder bestehen konnten.

Manche loben an der Lohnarbeit der Kinder, daß sie dieselben zur Sparsamkeit erziehe. Wie versteht diese Weisung sich erweist, bedarf keiner längeren Erklärung. Gewiß freuen sich die meisten Kinder am Best, und manche werden gelegentlich gerne einen kleinen Verdienst einstecken, ihn sparen oder für welchen Quack immer verausgaben. Die kleinen Lohnarbeiter aber besitzen ja nicht, was sie verdienen, da es eine notwendige Ergänzung für die Lebensbedürfnisse der Familie bildet. Sie lernen dabei höchstens, daß aller Fleiß und alle Anstrengung nicht gegen Mangel und Entbehrung schützen — eine traurige Weisheit, für die auch später noch Zeit ist. Daß aber zehnjährige Kinder in regelmäßiger Lohnarbeit fünden müssen, ohne daß die Eltern ihren Erwerb zur Beschaffung des Nötigen brauchen, wird niemand wagen zu behaupten. Was hier fehlt, das wird nach Maßgabe des Gesetzes beschafft werden müssen. Wögen die Eltern höheren Lohn fordern, nicht als Almosen, sondern als Recht. Seit man weiß, wie grausam verschwenderisch es ist, die hilflose junge Kraft zu früh ins schwere Joch zu spannen, ist die gänzliche Abschaffung der kindlichen Lohnarbeit nur eine Frage der Zeit.

Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch eine äußerst zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gedachte zunächst in schlichten Worten des vor einem Jahre verstorbenen Genossen Liebkecht und die Versammelten ehrten sein Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Der Vorstand hat sich im verfloffenen Quartal hauptsächlich mit der Neubearbeitung des Statuts beschäftigt. Es fanden 5 Vorstandssitzungen, 5 Versammlungen und eine Generalversammlung statt. Die Gesamteinnahmen betragen 3864,02 M., die Ausgaben 3842,00 M.; es verbleibt ein Kassenbestand von 21,12 M. Der Verein zählt jetzt 6094 Mitglieder, gegen 6439 im vorigen Quartal. Verstorben sind im Laufe des Quartals 10 Mitglieder; die Versammlung genehmigt ihrer in der üblichen Weise. Nach kurzer Diskussion wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt und der Vorstandsbericht gutgeheißen.

Darauf findet die Beratung über die Reorganisations des Kreises statt. Den Versammelten sind am

Gangung des Saales die Abänderungsanträge zum Statut und zur Organisation gedruckt zugefickt worden. Genosse Leid, als Vertreter der Kommission, hält das einleitende Referat, berichtet über die Ereignisse und Gründe, die zu der beabsichtigten Neu-Organisation geführt haben und vertritt den von der Mehrheit der Kommission gutgeheißenen Entwurf, dessen wesentliche Abänderungen darin bestehen, daß im § 8, der mit den Worten beginnt: „Dieser Zweck soll erreicht werden durch“, ein Absatz c) Beratung und Leitung aller Wahlen, an denen sich die sozialdemokratische Partei beteiligt, hinzugefügt ist, wodurch bezweckt werden soll, daß in Zukunft alle Mandatanten zu öffentlichen Ämtern, zu Reichstags-, Landtags- und Städtewahlmännern, sowie die Delegierten zu den Parteitagungen im Wahlverein nominiert werden, und darin, daß in Zukunft die Vertrauensleute, die Mitglieder der Lokalkommission sowie die der Beruf- und Agitationskommission nicht mehr in öffentlichen Versammlungen, sondern in der Generalversammlung des Wahlvereins gewählt werden sollen. Genosse Leid empfiehlt den Entwurf der Vertrauensleute, die Mitglieder der Lokalkommission sowie die der Beruf- und Agitationskommission nicht mehr in öffentlichen Versammlungen, sondern in der Generalversammlung des Wahlvereins gewählt werden sollen. Genosse Leid empfiehlt den Entwurf der Vertrauensleute, die Mitglieder der Lokalkommission sowie die der Beruf- und Agitationskommission nicht mehr in öffentlichen Versammlungen, sondern in der Generalversammlung des Wahlvereins gewählt werden sollen.

Gegen den Entwurf wendet sich zunächst der Genosse Röhm vom 640. Bezirk. Er ist der Ansicht, daß die Zustände in Preußen in Hinsicht auf das Vereinsrecht nicht so günstige seien, daß man mit dem alten System brechen könne, und tritt auch besonders mit Rücksicht auf die Stellung der Frauen dafür ein, daß speziell die Vertrauensleute in öffentlichen Versammlungen gewählt werden, die Mitglieder für die verschiedenen Kommissionen aber im Wahlverein. Der Redner meint, daß es sich bei der Änderung der Organisationsform auch noch ganz besonders um die Frage handle, welche Rechte die Mitglieder in Zukunft im Wahlverein haben sollen und bedauert es, daß den Mitgliedern nicht früher schon Abzüge des Entwurfs zugestellt worden sind.

Genosse Borgmann spricht ebenfalls gegen den Entwurf der Kommission und führt u. a. aus, daß dieser insofern gegen das Programm der Partei und gegen die Beschlüsse des Mainzer Parteitags verstoße, als bei den vorgeschlagenen Einrichtungen nicht auf den Grundsatz der Gleichberechtigung der Frauen Rücksicht genommen worden sei. Das bisherige Vertrauensmänner-System hätte gut funktioniert und es läge keine Veranlassung vor, es zu beseitigen. Mit den geplanten Einrichtungen aber würde den Vorstandmitgliedern zu viel Arbeit aufgedrückt werden. Die Stellung des Vorstandes könne zur Diktatur führen. Der Redner tritt für den Entwurf II der Genossen der Schönhäuser Vorstadt ein und legt einen dementsprechenden Antrag vor. Der Gedanke, einen eigenen Verein zu gründen, wenn ihre Anträge abgelehnt würden, hätte den Genossen der Schönhäuser Vorstadt vollständig fern gelegen.

Für den Entwurf der Kommission spricht Genosse Kiesel, indem er zunächst darauf hinweist, daß es ja der Wunsch der früheren Generalversammlung gewesen sei, die betreffenden Ämter in den Wahlverein zu überführen. Auch die Reichstagsfraktion hatte erklärt, daß das bisherige Vertrauensmänner-System nur ein Mittelbehelf sei. Die Selbstverwaltung würde durch den Entwurf der Kommission nicht beeinträchtigt, die Rechte der Mitglieder sollten nicht beschnitten werden.

Nachdem dann noch der Genosse Wünsch im Sinne Borgmanns und für den Entwurf II der Genossen der Schönhäuser Vorstadt gesprochen hat, wird die Generalversammlung bis zum nächsten Mittwoch vertagt. Die Fortsetzung soll in demselben Lokal, bei Wallquäntler, Wallstraße 16, stattfinden.

Ueber die Notwendigkeit der Schutzvorrichtungen für die Klempner und Dachdecker verhandelte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter H o c h, wies nach, daß in keinem andern Berufe die Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter so groß ist, als im Baugewerbe. Nach der zuletzt erschienenen Statistik der Berufsgenossenschaften vom Jahre 1899 weist die Bauberufsgenossenschaft, in der circa eine Million Arbeiter versichert sind, 11 742 schwere Unfälle, die über 13 Wochen unfähig machen, auf, so daß auf 1000 vollbeschäftigte Arbeiter 11,59 Unfälle verzeichnet werden müßten. Die nordwestliche Bauberufsgenossenschaft, in der 177 479 Arbeiter versichert waren, verzeichnet noch eine prozentual höhere Unfallziffer, die von Jahr zu Jahr steigt und auf 173 Todesfälle. Außerordentlich groß ist die Zahl der Unfälle durch den Sturz von Leitern und Gerüsten. Ein erheblicher Teil der Unfälle könnte vermieden werden, wenn die ungeheure Fahrlässigkeit beseitigt und die Unternehmer ihren Verpflichtungen eingetragenermaßen gerecht würden. Schon der § 120 der Gewerbe-Ordnung verpflichtet die Unternehmer, die notwendigen Schutzvorrichtungen anzubringen; es ist aber bisher kein Gewicht darauf gelegt worden, zumal die Festigung dieser Bestimmungen zu allgemein gehalten ist. Die Berufsgenossenschaften, die gelegentlich verpflichtet sind, Maßnahmen zur Unfallverhütung zu treffen, haben zumeist ihre Aufgaben nicht erfüllt. Soweit sie wirklich diesbezügliche Vorrichtungen erlassen haben, sind dieselben gewöhnlich nicht beachtet worden und somit fast zwecklos geblieben. Nach dem abgeänderten Unfallversicherungsgesetz müßten die Arbeiter vor dem Erlaß der Unfallversicherungsvorschriften gehört werden, und dort, wo die Arbeiter-Einstufung gewonnen haben, sind auch teilweise vernünftige Bestimmungen erlassen worden, die allerdings aber auch nur dann einen Wert haben, wenn durch eine geeignete Kontrolle die Durchführung der Vorschriften gesichert ist. Durch die unablässige Agitation der Arbeiter ist man endlich in einigen Orten, wie z. B. in München, dazu gelangt, praktische, mit den Verhältnissen vertraute Arbeiter für die Kontrolle anzustellen, und Aufgabe der Arbeiter wird es sein, mit

Hilfe einer starken, möglichst alle Berufsangehörigen umfassenden Organisation auch in Berlin bessere Zustände herbeizuführen.

Gegenwärtig schweben noch Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Dachdeckermeistern. Die Dachdeckermeister haben aber bereits, wie berichtet wurde, die Forderung, daß nicht eher auf den Bauten mit den Arbeiten begonnen werden darf, bevor nicht die notwendigen Schutzvorrichtungen vorhanden sind, als berechtigt anerkannt und beschloßen, mit der Zustimmung der Klempnermeister in Verbindung zu treten, um auch diese zur Anerkennung dieser Forderung zu veranlassen. Die Klempner werden diese Forderung gleichfalls der Zustimmung unterbreiten, obwohl diese Zustimmung keinen bedeutenden Einfluß ausüben kann. Außerdem soll der Arbeitsvermittler der Organisation betraut werden, nur auf solche Unternehmer Arbeitsträfte zu vermitteln, welche sich verpflichten, für die notwendigen Schutzvorrichtungen zu sorgen. Die Klempner werden in nächster Zeit nochmals eine Versammlung abhalten, in der über die weiteren Maßnahmen beschloßen werden soll. Nach einer längeren Diskussion, in der zahlreiche Mängel erörtert und in der auch die Accordarbeit als die Ursache vieler Unfälle bezeichnet wurde, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten verpflichten sich, alle der Gewerkschaftsorganisation ihres Berufes beizutreten, da nur durch eine starke Organisation erreicht werden kann, daß die für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter notwendigen Schutzvorrichtungen allgemein zur Einführung gelangen und durch die von den Arbeitern gewählten Controloren genügend geprüft werden. Ferner verpflichten sich die Klempner und Dachdecker, mit allen Kräften dahin zu streben, daß keine Arbeit begonnen wird, bevor nicht die nötigen Schutzvorrichtungen wirklich vorhanden sind. Die Versammlung erklärt, daß bei der Abänderung der bestehenden Bauvorschriften die besonders gefährlichen Verhältnisse der Klempner und Dachdecker unbedingt berücksichtigt werden müssen, und sie fordert aus diesem Grunde, daß zu den Vorarbeiten für die neue Baupolizei-Verordnung die Vertrauensleute der Klempner und Dachdecker hinzugezogen werden.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 5. August eine Generalversammlung ab. Zuerst hielt der Genosse K a t e r einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Hierauf gab der Kassierer den Rosenbericht vom zweiten Quartal. Einer Einnahme von 924,30 M. stand eine Ausgabe von 737,40 M. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 186,90 M. zu verzeichnen war.

Kammelsburg. Das vom „Schachklub Adler“ für Sonntag den 10. d. Mitt. arrangierte Sommerfest fand wegen der eingetretenen Landestruer nicht stattfinden und ist daher bis zum 24. d. Mitt. verschoben. Die ausgegebenen Billets behalten ihre Gültigkeit.

Eingegangene Druckschriften.

Die Arbeiter-Wohnungsfrage und die Vorschläge zu ihrer Lösung. Von Dr. phil. Julian Reichberg. Bern. C. Stutzverleger.

Vermischtes.

Eine verunglückte Luftschiffahrt. Der Luftschiffer Santos Dumont stieg mit seinem Luftschiff gestern früh 6 Uhr 10 Minuten im Park von Saint Cloud in Paris wieder auf. Er umkreiste den Esplanade in 9 Minuten 34 Sekunden und lenkte sodann seinen Ballon in die Richtung auf Saint Cloud, als ein Windstoß den Ballon aus der Richtung brachte. Das Vorderteil des Ballons trieb ungefähr 50 Meter zurück, das Wasserstoffgas entwich aus dem Vorderteil in das Hinterteil und letzteres senkte sich stark. Santos brachte sofort den Motor zum Stillstand, worauf der Ballon sofort fiel. Unglücklicherweise streifte die Umhüllung des Ballons das Dach eines sechsstöckigen Hauses des Quai de Passy; eine Detonation erfolgte, der Ballon explodierte und fiel. Der Rand der Gondel blieb am Giebel hängen und Santos mußte, hängend in der Gondel, über eine halbe Stunde in dieser gefährlichen Lage ausharren. Ein Zimmermann nahm den Weg über die Dächer und es gelang ihm, Santos ein Seil zuzuworfen, das dieser sich um den Leib schlang; mit vieler Mühe konnte der Zimmermann darauf Santos zu sich heranziehen. Santos ist unverletzt und erklärt, er sei bereit, seinen Versuch zu wiederholen, sobald der Ballon ausgebessert sei.

Zu viel abgequitt. Einen dreifachen Streich verübte, laut „Gegenüber Zeitung“ ein Offiziersbursche. In Abwesenheit seines Vorgesetzten legte er dessen Offiziersuniform an und promanierte des Nachts durch die Straßen. Er verübte da einige Heldenthaten, besonders gegen Unteroffiziere und Soldaten, und verabreichte einem Wachmeister sogar ein paar Ohrfeigen. Schließlich wurde er aber doch entlarvt und von der Kaiserentwache festgenommen.

Mit und nicht auf der Walze. Die Staatsanwaltschaft sucht den 31-jährigen Reisenden Gustav Walz, der unter dem Namen „Koch“ den Leuten vorpiegelte, daß er für eine Kunstausstellung (besonders Schiffer u. Koch in Hannover) Vorstellungen auf photographische Bergabhebungen gegen Anzahlung anzunehmen beabsichtigt sei. Walz spricht den Berliner Dialekt und wendet, nach dem Steckbriefe, häufig „mir“ für „mich“ an. Zuletzt trieb er sein Wesen in der Umgegend von Magdeburg.

Von Hund zu zerfleischt. In München wurde dieser Tage ein 9 Jahre alter Tagelöhnersohn an der Pfingstheimerstraße von Hundern auf entsetzliche Weise zerfleischt. Das Kind überfiel die Platte eines Wapplatzes an der früheren Pfingstheimerstraße, jedenfalls um Holzstücke mitzunehmen. Sofort fielen die beiden großen

den Wapplatz bewachenden Doggen über den armen Kleinen her und zerfleischten ihm den rechten Arm bis auf die Knochen. Auch am übrigen Körper zeigten sich zahlreiche Wunden. Einige beherzte Männer befreiten das schwerverwundete Kind aus seiner Lage und brachten es zu einem Heilbehelfer, der den ersten Verband anlegte. Darauf wurde der schwerverletzte Kleine durch die Rettungsgesellschaft ins Haimersche Krankenhaus transportiert.

Die längste Gasleitung für natürliches Gas, die jemals gelegt worden ist, gehört der Philadelphia-Gesellschaft und führt von den natürlichen Gasquellen im Staate West-Virginia bis zur Stadt Pittsburg in Pennsylvania. Das Leitungsgroß hat bei einem Durchmesser von 10 Zoll eine Länge von 90 englischen Meilen (fast 150 Kilometer). Das Gas wird mit einem anfänglichen Druck von 350 Pfund in die Leitung hineingepreßt und tritt unter einem Druck von 10-50 Pfund bei Pittsburg aus. Unter diesen Bedingungen liefert die Leitung der genannten Stadt 10 Millionen Kubfuß Gas in 24 Stunden, d. h. — so lange die Gasquelle nicht versiegt.

Auch eine Antwort. Eine lustige Anekdote erzählt ein englisches Blatt von dem Menagerie-Direktor George Sanger. Auf einer seiner Touren kam er nach einer kleinen Stadt im Herzen Englands, deren Bürgermeister sich durchaus davon überzeugen wollte, ob die Tiere auch sicher untergebracht seien und den Besuchern der Menagerie keinerlei Gefahr drohte. Er quälte Sanger mit unzähligen Fragen. Schließlich, als sie vor dem Käfig eines besonders böswärtigen Leoparden stand, fragte der ängstliche Bürgermeister: „Wenn nun dieser Leopard ausbräche, welche Schritte würden Sie thun?“ „Verdammt lange,“ erwiderte ihm der praktisch denkende Mr. Sanger.

Marktpreise von Berlin am 7. August 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.	
Waren	Preis
Weizen, gut	16,00
mittel	15,50
gering	15,00
Roggen, gut	14,00
mittel	13,50
gering	13,00
*Gerste, gut	16,00
mittel	14,90
gering	13,80
*Hafer, gut	16,50
mittel	16,70
gering	14,60
Rübspross	7,16
den	7,80
Erbisen	40,00
Eisbohnen	45,00
Linien	65,00
Rartoffeln, neue, D-Gr.	9,00
Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60
da, Bauch	1,50
Schweinefleisch	1,60
Rindfleisch	1,60
Schmalz	1,60
Butter	2,60
Eier 60 Stk	4,00
Käse 1 kg	2,00
Käse	3,00
Hansen	2,60
Schite	2,40
Barrische	1,80
Schleie	2,40
Blei	1,20
Kreuzer	16,00

* Frei Wogen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 8. August. Ein heutiger Preismarkt zeigt sich feste Tendenz auf die höheren Notierungen aus New York und Chicago, wovon wegen Wägen bis über eine Mark gegen gestern. Auch Roggen war etwas höher, wenn das Geschäft auch recht still war. Mittags trat dann zunächst eine kleine Abschwächung ein und zwar auf matteres Paris und Oesterreich-Ungarn. Späterhin erhobten sich die Preise aber auf beiderseits Warenbegehrt aus dem Inlande, so daß sich Weizen etwa 1/2, Markt-Roggen 1/3, Markt-Weizen gegen gestern hoben. Das Angebot war sehr beschränkt. Erhielt wurde von Zahlungsschwierigkeiten einer Dresdener Getreibeckerei, die aber für die hiesige Börse ohne Bedeutung sein sollten. — Wehl lag fest. Hafer war fest, aber ruhig; besser lag auch Mais. Rüböl ebenfalls fest.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

S. S. 3. Bitte, senden Sie ein. Sie müssen sich aber ungefähr einen Monat gedulden, ehe Sie Bescheid erhalten.

S. S. 4. Wir können vor dem Beitritt in diese Kasse nur warnen, sowie überhaupt alle Personen, die an dem Haushalt materielles Interesse sind. Jeder unterzeichnet für sich selbst.

S. S. 5. Es heißt: „das habe ich gelernt“ und „was du mich alles lehrst“. — **S. S. 100.** 1. In der Vorterraktion; Tag, Zeit und Ort werden vor der Ablegung bekannt gemacht. Man kann zusehen. 2. In der Regel bezieht er Gehalt. — **Landbesitzer.** Die Klage wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Zeugen müssen die Wahrheit sagen. — **M. W. Ja.**

— **M. W. 72.** Falls nicht etwa Jahresvertrag vereinbart ist, sondern monatlich Miete gezahlt wird, kann bis zum 15. zum Erlaß gekündigt werden. — **Kaufvertrag.** 1. Ja. Der Kauf muß aber einmütlich geneigt, nicht zur Schädigung der Gläubiger erfolgt und in der richtigen Form abgefaßt sein. 2. Zeugen sind nicht erforderlich. — **S. S. 73.** Die Verjährungsfrist beträgt 10 Jahre. Sie zählt von jeder gegen den Thäter gerichteten Handlung ab von neuem. — **Abzahlung 12.** Der Geschäftsinhaber hat weder gegen die Mutter noch gegen den Sohn eine Forderung. — **S. S. 777.** 1. Sofort; eine verpöbete Einschuldung kann zum sofortigen Entlassungsgrund Anlaß geben. 2. Ja. 3. Der Vahnd ist nicht rechtsgültig.

Witterungsbericht vom 8. August 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometere Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.
Emmendingen	762,5	3 heiter	17	Bayerndorf	758	SW	heiter	15			
Hannover	761,5	3 bedeckt	15	Bercksdorf	764	SW	bedeckt	17			
Berlin	763,5	2 heiter	18	Loth	764	SW	bedeckt	17			
Frankfurt	766,5	4 wolkig	16	Aberdeen	767	SW	wolkig	17			
München	768,5	3 bis bed.	15	Paris	767	SW	wolkig	17			
Wien	764,5	3 heiter	17								

Wetter-Prognose für Freitag, den 9. August 1901.

Zunächst ziemlich trübe und etwas regnerisch, später auffarend bei schwachen südwestlichen Winden und steigender Temperatur.

Berlin - Wetterbureau.

Verband der Sattler und verw. Gewerbe. Mitglieder-Versammlungen.

Filiale 1: Sonnabend, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Hofstraße 3.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Leibold über: „Die von Handtieren auf Menschen übertragbaren Krankheiten und ihre Verhütung.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Filiale 2: Sonnabend, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Grenadierstraße 33.

Filiale 3: Dienstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII.

Filiale 4: Sonnabend, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Waldeck Banasse über: „Umlageforderungen im Rathaus.“ 2. Diskussion. 3. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Offiziersarbeiter. 4. Verschiedenes. 157/12

Filiale 6: Dienstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, u. I. Zimmer 10.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. **Die Vorstände.**

Sonntag, den 15. September:

Urania-Vorstellung: Aus dem Tagebuch der Erde.

Beschaffung der Karte 4 Uhr, Anfang der Vorstellung 5 Uhr.

Billets a 50 Pf. sind in allen Versammlungen zu haben. Um rege Beteiligung ersucht. **Das Komitee.**

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum Sommerfest in der „Neuen Welt“ am 24. August.

190/10 **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.

Sämtliche Ortsverwaltungen von Berlin.

Der allgemeinen Landesversammlung wegen findet das Sommerfest in der Neuen Welt am Sonnabend, den 17. August, und im Schweizer Garten Sonnabend, den 31. August, statt.

184/12 **Das Komitee.**

Central-Verband der Elektromonteuere

und Berufsgenossen Deutschlands. Sektion Berlin.

Sonntag, den 11. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr,

im Saale des Herrn Nämann, Braunenstrasse 188:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitations-Kommission. 2. Bericht des Vorstandes, des Kassierers sowie der Revision. 3. Renouveau des Gesamtvorstandes. 4. Verbandangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne letzteres kein Zutritt.

58/15 **Der Vorstand.**

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Das Stiftungsfest der Zahlstelle Berlin I findet der Landesverband wegen nicht am 10., sondern am 24. August, 14 Tage später statt.

Die Billets behalten ihre Gültigkeit. **S. A.: Karl Heldemann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Genet, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: **Sitzung der Orts-Verwaltung.**

Rixdorf. Socialdemokrat. Wahlverein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß infolge der angeordneten Landes-trauer unter

Gedenkfeier erst am 1. September

stattfinden kann. Die bereits ausgegebenen Billets behalten auch zu diesem Tage ihre Gültigkeit. Am Sonntag, den 11. August, wird von jetzt ab der Vereinsabend ein Kreuz niedergelegt werden; die Mitglieder, welche sich daran beteiligen wollen, werden ersucht, sich pünktlich um 7 Uhr bei Thomaß, Hermannstraße 50, einzufinden. Die Vereinsabende versammeln u. g. findet am Dienstag, den 13. d. Mts. im selben Lokale statt. **Der Vorstand.**

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter

zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt

Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbusser Thor. [2112]*

Solide — Reell — Billig. Constante Bedingungen gegen Bar oder Teilzahlung. [21100]*

Möbel Wilhelm Misch,

Gr. Frankfurterstr. 45/46. [2048]*

Nordhäuser Kautabak

Athenstädt & Bachrodt, Nordhausen,

sehr beliebtes Fabrikat (hochfest), überall käuflich. Generalvertrieb: **H. Preuss, Berlin N., Sowerlandstr. 98, I.** [2048]*

Charlottenburg!

Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.

Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [1108]*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 9. August:
Wegen der Landestrainer sind die Theater geschlossen.
Geöffnet:
Passage-Panopticum.
Urania, Taubenstr. 48/49.
„Mittelmeerfahrten“ (keine Preise).
Zubalderstraße 57/62.
Täglich abends von 8-10 Uhr.
Eternovorte.

Apollo-Theater
Wegen Landestrainer geschlossen.

Urania
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
Kleine Preise.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nicht geschlossen.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!
Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten
Die Konzerte fallen wegen der Landestrainer bis auf weiteres aus.

Entree 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

W. Münzers Ball-Salon
und Garten
Rixdorf.
Anseebach 113, Hermannstr. 119, empfiehlt seinen Saal (600 Personen fassend) und schönen Natur-Garten zu Festlichkeiten und Versammlungen.
Jeden Sonntag: BALL.

Herren-Anzüge,
Polster u. Rob. eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert
J. Kurjberg, Landsbergerstr. 13 prt. Teilzahlung gestattet.
Odenb. Bienenhonig, beste Qualität, verkauft 9 Pf. netto zu 6,50 M. 5 Pf. netto zu 4 M. fr. Nachh. Gar. Zurückh.
E. Reil, Bahnhof Augusthof, Oldenburg. (1918)*

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Styppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partiere. 435*
Kinderwagen. Sportwagen, Nischenwahl, Bazar Baby, Juna-Idenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Odenb. Allee 81, Belle-Alliance-straße 107, Reinholdenstraße 24, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228*
Abzahlungs-Schwindel, ohne solchen Verlust ebenfalls auf Teilzahlung Schöngarten, vierzehn Tage gehend, achtzehn Mark. Silberne Remontuhr (ausgeh. Werk. Gew. 1/2 Liter) u. Schöngarten, fünf Viertel Meter lang, dreißig bis fünf und vierzig Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße 14/15. Geöffnet 1848
Malztrübier, blühend für Blinane, Brühfrucht, Schwachbier, Gewichtsmessung, bessere Gewichts-farbe, überaus reich, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 extra. Nicht Glasflasche, Qualität entspricht. Bortzellerstr. 11/12, Hermannstraße 119. 116,8*
Fahrräder, verfallene, erschöpfte, Parkenräder wegen Saisonabschluss sportlich. Günstige Abzahlungs-weise Berlin. Fahrräder-Verkauf Neue Schönhauserstraße 11. (116/12)
Bücherverkauf zu billigen Preisen. Uppeln, Rathenowerstraße 101.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 6. August, starb unser Mitglied, der Drechsler
Fritz Müller
im Alter von 25 Jahren an der Schindelsucht.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofs in Neu-Weichensee aus statt. Reges Beileid erwartet.
117/13 Die Ortsverwaltung.

Freie-Kranken- u. Sterbekasse für Anhänger des Naturheil-Verfahrens
(G. S. Nr. 115 Magdeburg.)
Filiale Berlin-Norden.
Am 6. August verstarb unser lang-jähriges Mitglied und Mitbegründer unserer Kasse, der Viehhändler
Otto Zielbauer.
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt. 288/14
Um Teilnahme bittet
Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.
Am 6. August starb unser Kollege
Franz Hoffmann
im Alter von 28 Jahren.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. August, nachmittags 9 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Mariendorf aus statt.
Die Kollegen der Klavierfabrik von Schwohle u. Co.

Große Betten 12 M.
(Oberst. Unzer, zwei Betten mit gereinigtem neuen Feder- u. Gummibett, Berlin S., Wegmannstraße 46. Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungs-schreiben.)

Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.
Das Sommerfest, welches am 10. August stattfinden sollte, findet an diesem Tage nicht statt, sondern an einem der nächsten Sonnabende.
Der Tag wird noch bekannt gegeben.
Die Billeit behalten ihre Gültigkeit. 1250/10
Der Vorstand.

Achtung!
Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblichen Arbeiter.
Das am 10. August festgesetzte **Sommerfest** findet im **Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81,** wie angefangen, als geschlossene Gesellschaft statt. 2829b
Das Komitee.

Leichter Erwerb für Hausfrauen!
Alle Sorten **Strumpf-Strickmaschinen** und **Zubehöerteile** verkauft zu Fabrikpreisen. Teilzahlung gestattet. Anlernen gratis.
Max Pfaffler, Berlin O., Frankfurter Allee 124, part.
Reparaturen werden sachgemäß in der eignen Werkstatt schnellstens und billigst ausgeführt. 1790/2*

Kinderwagen-Bazar „Baby“.
1. Invalidenstr. 160, an Brunnenstr.
2. Oranienstr. 31, an Adalbertstr.
3. Belle-Alliancestr. 107, am Bismarckplatz.
4. Gr. Frankfurterstr. 115, an Andreasstr.
5. Brunnenstr. 90, an Regenerstr.
6. Reinholdenstr. 24-o, Wedding.
7. Rosenthalstr. 18, an Thierstr.
8. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
Sportwagen von 4,50-5,00-6,00 Mk. 5, 15-100 Mk.
Riesen-Anwahl u. Teilzahlung gestattet.
Bei größeren Raten Cassapreise. Liefer. d. Post-Spar- u. Vorschussvereine.

Nachruf!
Am Dienstag, den 6. August, verschied nach kurzem Leiden unsere Mitarbeiterin
Helene Wolf
im Alter von 19 Jahren. (28302)
Wir versetzen in der so früh Dahingegangenen eine brave Kollegin, deren Andenken wir stets bewahren werden.
Das Personal der Geschäftsbücherfabrik L. Jürgens.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
Samstag, den 11. August nach Fährtenwalde. Start 9 Uhr früh Frankfurter- und Remondstrassen-Gr. Radmittag 1 1/2 Uhr nach Westmühl. Start Schönefelder Brücke, Abends Köpenick. (12/15)

Charlottenburg.
M. Schmerberg (1874)*
Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu außerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

Brauerei K. Gregory,
Badstr. 67 u. Hochstr. 21-24, Detonum S. Bovel.
Empfehle meine **hochgeleganten Säle**, 300 Personen fassend, für Vereinsfestlichkeiten. 1840/2*
Im Garten: **Gr. Freikonzert.**

Carl Helbig,
Heilgehilfe und Massageur
für sämtliche Krankheitsfälle Berlin (11149)*
und Umgebung.
Hofedamm 9. Eing. Walfisch 19, I.

Hermann Meyer & Co.
Fruchtstraße 74.
Liqueurfabrik, Weingrosshandlung, Fruchtsaftpresserei, Mineralwasser- und Schaumwein-Fabrik.

Sommer-Getränke:

Selters, große Flasche	5 Pf.
Sauerstoffwasser, ärztlich empfohlen	10 Pf.
Brauselimonaden (Limonen, Zitronen etc.)	10 Pf.
Maitrant, 1/2 Gl.	40 Pf.
Schäumender Maitrant, 1/2 Gl.	25 Pf.
Schäumende Liebe, 1/2 Gl.	25 Pf.
Gesundheits-Apfelwein, 1/2 Gl.	25 und 30 Pf.
Johannisbeer-, Stachelbeer-, Heidelbeerwein, 1/2 Gl.	65 Pf.
Brombeerwein, 1/2 Gl.	75 Pf.

Fruchtsäfte
in feinsten Raffinade eingekocht.

I. Qualität:
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, Erdbeer-, Zitronensaft 1/2 Liter 1,30 M.
II. Qualität:
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, Erdbeer-, Zitronensaft 1/2 Liter 0,90 M.

Fruchtsäfte roh, frische Pressung zum Selbstkochen:

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft a Literflasche	1,00 M.
Zitronensaft, roh, halbar, zum Hausgebrauch und zur Kur, 1/2 Literflasche	1,50 M.

(Alles exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.)
Wiederverkäufer erhalten bei größeren Abnahmen Rabatt.
- Versand nach auswärts unter Nachnahme. - (2055)*
In Berlin und Vororten von 1,50 M. ab frei Haus.

Zu gleichen Preisen sind alle Waren in unsren 250 Niederlagen in Berlin und den Vororten erhältlich.

Der Bier-Palast
Friedrichstr. 174, Ecke der Jägerstrasse,
wird
am Sonnabend, den 10. August, nachmittags 5 Uhr präcise
eröffnet! (2108)*

Charlottenburg, Friedbergstr. 19.
Wir empfehlen unser neu eröffnetes **Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal.** Vereinszimmer zu vergeben.
2101/L)*
Carl Klein, Carl Gieseler.

Schraubzwinge, gut erhalten, 2835b) **Lisst, Paterwallstr. 11.**

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Styppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partiere. 435*
Kinderwagen. Sportwagen, Nischenwahl, Bazar Baby, Juna-Idenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Odenb. Allee 81, Belle-Alliance-straße 107, Reinholdenstraße 24, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228*
Abzahlungs-Schwindel, ohne solchen Verlust ebenfalls auf Teilzahlung Schöngarten, vierzehn Tage gehend, achtzehn Mark. Silberne Remontuhr (ausgeh. Werk. Gew. 1/2 Liter) u. Schöngarten, fünf Viertel Meter lang, dreißig bis fünf und vierzig Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße 14/15. Geöffnet 1848
Malztrübier, blühend für Blinane, Brühfrucht, Schwachbier, Gewichtsmessung, bessere Gewichts-farbe, überaus reich, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 extra. Nicht Glasflasche, Qualität entspricht. Bortzellerstr. 11/12, Hermannstraße 119. 116,8*
Fahrräder, verfallene, erschöpfte, Parkenräder wegen Saisonabschluss sportlich. Günstige Abzahlungs-weise Berlin. Fahrräder-Verkauf Neue Schönhauserstraße 11. (116/12)
Bücherverkauf zu billigen Preisen. Uppeln, Rathenowerstraße 101.

Nähmaschinen und **Fein-Ver-seidung** vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b
Vorjahrs elegante Herrenanzüge und **Sommerpellets** aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Nähmaschinen, Adler, Astra, Schneidh. Ringh. f. sowie Wasch- und Strickmaschinen auf Teilzahlung. Preis. Stallgerstraße 130. 7448*
Teppiche mit **Gartenstühlen,** Parkstühle etc. Große Frankfurterstraße 9, partiere. 435*
Gedestillation im Centrum sofort zu verkaufen. Adressen unter J. 1 an die Expedition des „Vorwärts“.

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Waage 1,00 Belierung sofort, Vandenbergherstraße 62.
Gedestillation, große Räume, verkauft Neu-Weichensee, Gustav Schmidt-straße 22. 7126
Nahrad, 65,00, Nebanstraße 184, Pirnan. 28385*
Schlennig! Kommode 10, Kleider-schrank 20, Stühle 1,75, Tischplatte 12, Sofa 18, Plüschdivan 50, elegant, 64, Plüschsofa 28, Bettstellen, reiche Matratzen, sowie bessere Möbel billig. Timmwegh, Schiner Weg 81. Nicht haben! 28376*

Elektrotechnik Abendkurs beginnt. Hofstr. 11, Jakobstraße 24.
Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterfäden 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. (Bitte Namen beachten) 2793b
Rechtsbureau, Rechtsrat, Harterstr. 11, Charlottenburg, Berlin.
Anfertigung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Wagners, Kleine Frankfurterstr. 20.
Bereitschaft laßt Hund, Wilmersdorferstraße 33. 782

Wissenschaftlich gebildeter Parteien-genosse sucht entsprechende Stellung, eventuell als Redaktions-Bolontär. Offerten unter L. 1 an die Expedition des „Vorwärts“. 28366
Stellungsangebote.
Korbmachergesellen auf Roh-strepen verlangt Holz, Odenb. Straße 3. 2822b
Korbmacher auf grün verlangt H. Haber, Friedrichstraße, Berliner-straße 82. 2823b
Tüchtigen Korbmachern verlangt S. Birnig, Köpenickerstraße 73. (2814)*
Ein tüchtiger Grundbesitzer wird verlangt. Deutsch u. Bachmann. (28319)
Kunstschlosser auf geländerte Bronzefedern verlangt Otto Radtke, Hollmannstraße 32. (2833b)
Korbmacher haben lohnende und dauernde Beschäftigung. Kaufmann B. Groß, Mittelschiffstr. Goldschmied-fabrik, Wilmersdorferstr. 10. (28308)*
Styppierin am Knabenbuden (Koller) Lorenz, Döberstr. 31 IV.
Büchsenmacher sucht Stellung sofort. Genuß, Doppelstr. 40. (28108)

Stanzer
erste Kraft, findet bei hohem Lohn dauernde Stellung bei
Pander & Co., Schuh-fabrik, Breslau. 21092
Achtung Töpfer!
Bei der Firma **Grap** haben auf den Neubauten: Vödemstraße 8 und 9 sämtliche organisierte Kollegen, 45 an der Zahl, die Arbeit eingestellt. Der Grund liegt darin, daß der **Grap** in geschäftlicher Weise arbeitswillige Kollegen von der Firma **Schöfel** einstellt. Auf die Beschäftigung seitens unserer Kollegen erwiderte Herr **Grap**, daß alle, denen es nicht passe, mit den Arbeitswilligen zusammen zu arbeiten, gehen könnten.
Darauf ließen sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. (190/11)
Wir erlauben dieses zu beachten und die Firma zu meiden.
Der Vorstand der Filiale Berlin.
Achtung! Holzarbeiter!
In der Möbelfabrik von **Vennig u. Jantzy,** Köpenickerstraße 3 und 4, befinden sich die Arbeiter in Verhandlungen. Zugang fernhalten.
Die Ortsverwaltung. 107/7*

Vermischte Anzeigen.
Fransösisch (billig) Breitenstraße 5.
Englisch (billig) Breitenstraße 5.*
Augustabad, Köpenickerstraße 60. Jeder Art für sämtliche Krankheits-fälle. 7360*
Bereitschaft laßt Hund, Wilmersdorferstraße 33. 782
Metallbruch oder Art laßt Broderick, Odenb. Straße 16. 1811b
Bereitschaft zu vergeben, auch paßend für Zahnkassen. Rudolf Huran, Rannstraße 86. (2458)*
Unfallkosten, Magen, Eingaben, Reklamationen. Pöyger, Steglitzer-straße 66. 2706*

Vermietungen.
Laden nebst Wohnung sofort oder später umständelicher preiswert zu vermieten. Paterwallstraße 9, nahe Vandenbergherstraße. 765
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Studierender bittet um Arbeit. Stelle werden zu den billigsten Preisen gekocht, werden abgeholt und unentgeltlich zurück-geliefert. Adresse: Paterwallstraße 27, 4. Ober. *